

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Patrik Köbele, Johannes Magel, Renate Münder, Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller, Hans Heinz Holz (1927–2011)

Johannes Magel

EDITORIAL

Diese Ausgabe von Theorie & Praxis erscheint im Vorfeld des kommenden DKP-Parteitags Anfang März 2013. Selten wurde ein Parteitag von Mitgliedern und Freunden der DKP mit solcher Spannung erwartet. Große Teile der Partei verbinden mit diesem Parteitag die Hoffnung, einen Weg hin zu größerer Handlungsfähigkeit ihrer Organisation zu eröffnen, auf dem es der Partei gelingen kann, mit mehr Selbstbewusstsein in die Klassenkämpfe der Zeit einzugreifen. Neben den Anträgen, über die der Parteitag zu entscheiden hat, wird die Wahl der Führungsorgane eine wichtige Rolle spielen.

Den Schwerpunkt des Heftes bilden dementsprechend Themen, die auf dem Parteitag von Bedeutung sein werden. Sepp Aigner gibt einen Überblick über die Streitfragen, insbesondere über die Einschätzung der jüngeren Entwicklung des Imperialismus, die Europäische Union, die Aktionseinheits- und Bündnispolitik und über das Verhältnis zur SDAJ. Renate Münder schreibt über den Berliner Antrag und die Bedeutung einer konkreten Handlungsorientierung, deren ökonomischer und politischer Rahmen die seit 2007 andauernde Krise ist.

Zwei Texte befassen sich mit der Frage Partei und Jugendverband. Pablo Graubner erörtert das Thema Aufgaben des Jugendverbands und stellt die Frage, ob über die organisatorische Selbstständigkeit hinaus auch die politische Selbstständigkeit richtig sei oder eher die politische Integration. Daniel

Bratanovic setzt sich am Beispiel des KJVD mit dem richtigen Verhältnis von Jugendverband und Partei auseinander.

Die offen sichtbare Wirtschaftskrise dauert an und damit auch das Bemühen, sie aus marxistischer Sicht zu verstehen. Jens Kany stellt die Frage: In was für einer Krise leben und kämpfen wir? Er setzt sich mit der These von der *Großen oder Übergangskrise* auseinander, wie sie von Leo Mayer vertreten wird und Eingang in Parteidokumente gefunden hat. Zu den Begriffen *Große Krise und allgemeine Krise des Kapitalismus* – und worin diese sich voneinander unterscheiden – gibt es eine Anmerkung der Redaktion.

Im Zusammenhang mit der Europäischen Union bringen wir zwei Artikel: Johannes Magel rezensiert das neue Buch von Andreas Wehr, der sich in einer Reihe von Veröffentlichungen kompetent mit der EU auseinandergesetzt hat, und Sepp Aigner stellt die Frage: Nutzt die Mitgliedschaft in der EL der Partei?

Zum Thema Meinungs- und Pressefreiheit in der DDR äußert sich in einem Interview fundiert Klaus Steiniger, Chefredakteur des RotFuchs, und in der DDR Redakteur beim *Neuen Deutschland*. Erich Buchholz, ehem. Professor für Strafrecht an der Humboldt Universität in Berlin, vergleicht die Meinungs- und Pressefreiheit in der DDR und der BRD.

Abgerundet wird das Heft mit dem Text einer Rede von Renate Münder anlässlich des 95. Jahrestages der Oktoberrevolution auf einer Veranstaltung in Bremen und einem Artikel von Udo Paulus, der aus erster Hand über die Streikämpfe in Griechenland und die Rolle von KKE und PAME sowie der Rechtsopportunisten berichtet. Paulus kennt die Solidaritätsbewegung aus eigener Erfahrung und beschreibt, wie diese in die entstehenden Volkskomitees in den Kommunen eingebettet und dialektisch mit dem Widerstand verbunden ist.



DIE DKP VOR DEM PARTEITAG

Die Partei ist seit dem letzten Parteitag noch einmal schwächer geworden. Die Mitgliederzahl hat sich auf gut 3500 vermindert. Eine Trendwende wurde nicht erreicht. Das liegt nicht nur an den objektiven Umständen. Es ist auch Resultat eines politischen Kurses. Leo Mayer forderte, die Partei müsse "revolutionärer, wissenschaftlicher, demokratischer, effektiver" werden [1] – dazu hatten er und Bettina Jürgensen lange genug Zeit! Ihr Kurs, immer näher an die Linkspartei heranzurücken, stärkt die Partei nicht. Für Menschen, die sich links organisieren wollen, liegt es näher, dies bei der verhältnismäßig großen und einflussreichen Linkspartei zu tun.

Es gibt ein Potenzial links von der Linkspartei. Das zeigen die verschiedenen Gründungsversuche neuer sozialistischer Organisationen, die diversen Gruppierungen von Kommunisten und Sozialisten neben der DKP und die große Zahl von Menschen, die sich als Kommunisten verstehen, sich aber nicht in der DKP organisieren. Diese ist für sie kein Anziehungspunkt. Die jungen vom Antifaschismus ausgehenden Kräfte, die an der Gewinnung kommunistischer Positionen arbeiten, orientieren sich kaum an uns. Selbst in der SDAJ sind Tendenzen der Entfremdung von der Partei zu beobachten.

Die DKP hätte es auch mit einem klaren kommunistischen Profil schwer. Aber mit einem klaren Profil wäre eine gewisse Stärkung möglich. Das wäre auch eine Unterstützung für die marxistischen und kommunistischen Kräfte in der Linkspartei, die sich gegen deren Sozialdemokratisierung wehren.

Eine der Bedingungen für eine erfolgreichere Politik ist die Überwindung unserer ideologischen Beliebigkeit. Diese macht uns nicht nur unattraktiv, sondern sie beeinträchtigt auch die ohnehin geringe politische Handlungsfähigkeit. Die bestehenden Differenzen werden sich nicht – etwa durch die praktischen Erfahrungen – von selbst erledigen. Abwarten, treiben lassen, papierene Kompromisse helfen genauso wenig wie gezielte Provokationen.

Die Differenzen müssen innerhalb eines festzulegenden Zeitraums diskutiert werden und danach muss die *politische Konsequenz* gezogen werden. Die Partei muss *entscheiden*, welchen Weg sie weiter gehen will.

Strittige Fragen

Seit langem existiert eine Reihe von Themen, zu denen in der Partei unvereinbare Standpunkte existieren. Das geht nicht auf Dauer, weil sich die Partei dadurch blockiert und entsolidarisiert. Dabei geht es nicht nur um taktische Differenzen wie beim Verhältnis zur Linkspartei/EL. Es gibt gravierende theoretische Differenzen: Die Einschätzung des heutigen Imperialismus, der so genannten Globalisierung, des Charakters der gegenwärtigen Krise, des Verhältnisses von Reform und Revolution unter den heutigen Bedingungen, der Rolle der kommunistischen Partei, der Bedeutung der so genannten neuen sozialen Bewegungen, des Inhalts einer Aktionseinheits- und Bündnispolitik.

Die Partei hat kein wissenschaftliches Zentrum, das theoretische Positionen erarbeitet. Das macht sie anfällig für linkskeynesianistische, reformistische Positionen via isw und transform – insbesondere wenn sie in faktenreichen Recherchebüchern versteckt sind. Aus Platzgründen kann im Folgenden nur auf drei Aspekte eingegangen werden: Imperialismus heute, EU und Aktionseinheits- und Bündnispolitik [2], wobei hier auch unser Verhältnis zur SDAJ berührt wird.

Die Einschätzung der jüngeren Entwicklung des Imperialismus

Leo Mayer, Bettina Jürgensen u. a. gehen – egal wie offen das gesagt wird – davon aus, dass die Leninsche Imperialismusanalyse überholt ist. Sie meinen, dass sich eine internationale Monopolbourgeoisie herausgebildet hat. In Veröffentlichungen Anfang der 2000er Jahre gingen sie sogar von einer Tendenz zum „imperialistischen Weltstaat“ aus. Die These vom „kollektiven Imperialismus“ vertreten sie nach wie vor.

Daraus leiten sie ab:

- Der Hauptfeind steht nicht mehr im eigenen Land, sondern ist eine internationale Monopolbourgeoisie. Der Kampf um das Herankommen an die Revolution und um die Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in den einzelnen Staaten kann nur noch international bzw. auf europäischer Ebene geführt werden.
- Die zwischenimperialistischen Gegensätze spielen fast keine Rolle mehr, sondern der Gegensatz zwischen den imperialistischen Zentren und den so genannten Entwicklungsländern ist der entscheidende ihrer Ansicht nach. Das korrespondiert mit der sozialdemokratischen These vom Nord-Süd-Konflikt.

Die **Gegenposition** geht von der Gültigkeit der Leninsche Epochenbestimmung aus und betrachtet die jüngeren Entwicklungen nicht als Anbruch diverser neuer „Akkumulationsregimes“ [3], sondern als die Weiterentwicklung und Entfaltung der Widersprüche der imperialistischen Epoche, des „höchsten und letzten Stadiums des Kapitalismus“ und des Übergangs zum Sozialismus.

- Unsere in den 1970er Jahren entwickelte Position, heutiger Kapitalismus sei staatsmonopolistischer Kapitalismus, hat sich gerade in der jüngeren Entwicklung eindeutig bestätigt. [4]
- Der Hauptfeind steht nach wie vor im eigenen Land. Die Machtfrage muss im nationalen Rahmen ausgeglichen werden, wo die Machtbasis der Bourgeoisie liegt. Der internationalen Rahmen muss natürlich auch beachtet werden, darunter die Möglichkeit, dass gleichzeitig in mehreren Ländern antimonopolistische Bewegungen kämpfen und sich gegenseitig unterstützen. Das war vor hundert Jahren auch schon so. Die Arbeiterklasse eines jeden Landes muss sich aber zunächst politisch in nationaler Form konstituieren.

Europäische Union

Zu den Differenzen in der Analyse gehört auch die Einschätzung der EU. Leo Mayer und andere behaupten, dabei handele es sich um einen Staat im Werden, der – wenn es wahr wäre – die Nationalstaaten überwölben und bedeutungslos machen würde. Politische Fortschritte für die Arbeiterklasse und verbündete Schichten könnten deshalb nicht mehr auf nationaler Ebene erzielt werden, sondern nur noch auf europäischer Ebene. Das mündet in die Forderung nach einem „alternativen Europa“, nach einer „Neugründung der EU“, was praktisch identisch mit der Position der PdL bzw. der Europäischen Linkspartei ist.

Übrigens widerspricht dies der These vom „kollektiven Imperialismus“, weil die EU nicht ein weltweites Projekt einer angeblich internationalisierten Monopolbourgeoisie [5], sondern ein *regionaler* Zusammenschluss ist, bei dem es gerade darum geht, sich gegen andere imperialistische Mächte, nicht zuletzt gegen die USA, im Konkurrenzkampf *gegeneinander* zu behaupten.

Die Marxisten-Leninisten in der DKP halten die EU für ein imperialistisches Staatenbündnis [6], innerhalb dessen verschiedene Staaten – trotz aller gemeinsamen Interessen – um die Vorherrschaft kämpfen. Die EU ist der Austragungsort der Konkurrenz der Mitgliedsstaaten. Die Bourgeois-Macht – vor allem deren Kern, die Apparate des unmittelbaren Zwangs, Justiz, Polizei, Armee – bleibt nationalstaatlich. Die Machtfrage kann nur auf nationalstaatlicher Ebene gestellt werden.

Auch wenn in mehreren EU-Staaten gleichzeitig Widerstandsaktionen durchgeführt werden, so sind sie dadurch nicht supranational, und die Solidarität untereinander bleibt eine Frage der *internationalen Solidarität*, die für die Kommunisten seit jeher eine zentrale Rolle spielt. Ebenso steht die Notwendigkeit, beispielsweise ökonomische Kämpfe international zu koordinieren (weil sie gegen Konzerne geführt werden müssen, die Produktionsstandorte in vielen Staaten haben und damit die Belegschaften in den verschiedenen Ländern gegeneinander ausspielen können), nicht in Widerspruch zu der Notwendigkeit, auf politischer Ebene gegen die politische/staatliche Macht

der Bourgeoisie dort anzutreten, *wo sie sitzt*, nämlich in den nationalstaatlichen Machtapparaten.

Während Staaten wie Griechenland, Portugal und in Osteuropa in einen quasi kolonialen Status zu geraten drohen, sucht sich das imperialistische Deutschland zur dominanten Macht aufzuschwingen: „In Europa wird jetzt Deutsch gesprochen.“ Die fortschrittlichen Bewegungen in diesen Staaten müssen die nationale Souveränität gegen die Unterordnungsversuche der führenden EU-Staaten verteidigen und können nicht auf die Schimäre eines „alternativen Europa“ warten [7]. In den dominierenden EU-Staaten haben die fortschrittlichen Kräfte die Aufgabe, Solidarität mit den unterdrückten Völkern zu entwickeln, auch im eigenen Interesse, weil ein Unterdrückervolk selbst nicht frei sein kann. Es geht nach wie vor um das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen imperialistische Unterdrückung, auch auf EU-Ebene.

Aktionseinheits- und Bündnispolitik

Die reaktionäre Offensive kann nur aufgehalten werden, wenn die Arbeiterklasse Schritte von der „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich“ macht, wieder zu einem politischen Subjekt im Klassenkampf wird. Erst auf dieser Basis wird auch eine dauerhafte Aktionseinheits- und Bündnispolitik möglich.

In Deutschland sind die „neuen sozialen Bewegungen“, auf die die Revisionisten setzen, nach wie vor schwach; nicht nur hinsichtlich ihrer Massenbasis, sondern auch hinsichtlich ihrer Orientierung, die von spontaneistischen, organisationsfeindlichen Tendenzen geprägt ist. Eine diffuse Unterscheidung von Oben und Unten sowie reformistische „Sozialstaats“-Illusionen herrschen vor. Aber es gibt kein Zurück zum „Sozialstaat“, die Möglichkeit der Durchsetzung von Reformen im Interesse der Arbeiterklasse und der Mittelschichten ist begrenzter als in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Wir Kommunisten dürfen diesen eingefleischten Illusionen nicht nachgeben oder sie gar noch bestärken. Die DKP kann ihrer Avantgarde-Rolle nur gerecht werden in dem Maße, in dem es ihr gelingt, das Klassenbewusstsein

und die Selbsttätigkeit der Menschen zu fördern und dabei die fortgeschrittensten und radikalsten Kräfte solcher Bewegungen zu gewinnen. Ein wesentliches Erfolgskriterium antimonopolistischer Bewegungen ist die Stärkung der kommunistischen Partei – nicht in deren organisationsegoistischem Interesse, sondern weil die Arbeiterklasse ein politisches Zentrum braucht, in dem sich die besten Kräfte sammeln können. Das ist ein weiter Weg. Aber einen anderen gibt es nicht.

Der Antrag des Berliner Landesverbandes an den Parteitag für eine konkrete Handlungsorientierung benennt die Hauptaufgaben der Partei richtig. Vorrang muss die Arbeit in und vor den Betrieben und im Wohngebiet haben. Darauf muss die ganze Partei ausgerichtet werden.

Die besten Beschlüsse nützen aber nicht viel, wenn sie nicht personell abgesichert werden. Die auf dem 19. Parteitag gewählte Vorsitzende steht dafür nicht. Sie hat ihr Versprechen, sich um ein Zusammenführen der Partei und die Versachlichung der Diskussion zu bemühen, nicht eingelöst, sondern sie hat eher zugespitzt. Und wenn, wie zu hören ist, Detlef Fricke aus Niedersachsen den Part von Leo Mayer übernehmen soll, handelt es sich um einen Trick, bei dem ein besonders profilierter Exponent derselben Linie durch einen anderen mit „blasserem“ Profil ersetzt werden soll. Detlef Fricke steht bezüglich der Schärfe der Positionierung als Anhänger der *Politischen Thesen* und in der Frage der EL-Vollmitgliedschaft Leo Mayer in nichts nach; der Unterschied liegt nur in der „Prominenz“: Den einen kennt man, den anderen würde man schnell kennenlernen.

Partei und SDAJ

Entgegen den Tendenzen in der DKP, sich schrittweise den Vorstellungen der Linkspartei anzupassen, hält die SDAJ ideologisch und praktisch an einer klassenkämpferischen Orientierung fest. So hat sie in den vergangenen Jahren mit bundesweiten Kampagnen auf sich aufmerksam gemacht, etwa gegen die Bundeswehr in Schulen oder anlässlich von Bildungsprotesten. Trotz ihrer nur mehrere Hundert zählenden Mitgliedschaft spielte sie in Jugendbewegungen und örtlich auch in Gremien der Gewerkschaftsjugend eine äußerst aktive



Rolle. In ihrem neuen Zukunftspapier (beschlossen auf der 2. Tagung des 20. Bundeskongresses im September 2012) nimmt die SDAJ eine umfassende Bestimmung des Gegners der Arbeiterjugend, der zu erkämpfenden Rechte und der Strategie und Taktik vor. Vor allem der deutsche Imperialismus wird dabei als Hauptverhinderer jugendlicher Rechte ins Visier genommen. Die von einem Teil der DKP gehegten Illusionen über die Reformierbarkeit der EU teilt die SDAJ nicht. Ebenso erteilt sie modischen Sozialismusvorstellungen eine Absage. Sie sieht die bestimmenden Merkmale des Sozialismus ganz klassisch in der Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Produktion nach einem gesamtgesellschaftlichen Plan.

Das Verhältnis der Partei zum Jugendverband ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Partei. In der SDAJ müssen hauptsächlich die jungen Kader heranwachsen, die die Partei verjüngen können. Kein anderer Jugendverband kann diese Rolle ersetzen. Eine Entfremdung zwischen DKP und SDAJ hätte für beide Organisationen gefährliche Folgen. Wir haben einen Jugendverband mit einer klaren politischen Orientierung. Wir müssen ihn unterstützen, so gut wir können. Er ist die Zukunft der Partei.

Quellen und Anmerkungen

- [1] UZ vom 20.7.2012
 [2] Zur Rolle der Partei siehe u. a. Hans-Peter Brenner in T&P Nr. 26 und Jörg Högemann und Daniel Bratanovic in T&P Nr. 29

- [3] Siehe dazu <http://de.wikipedia.org/wiki/Regulationstheorie>
 [4] Siehe dazu Lucas Zeise: Euroland wird abgebrannt
 [5] Zum monopolistischen Eigentum in Deutschland siehe z. B. Beate Landefeld: Eigentümer der größten Konzerne – <https://spreadsheets.google.com/pub?key=pt4dwOQRtIE-squ7Q6zNyEA>
 [6] Dazu z. B. Andreas Wehr: Die europäische Union
 [7] Siehe dazu Pedro Gueirero (PCP): Der antiimperialistische Kampf und die Bekräftigung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit – <http://theoriepraxis.wordpress.com/2012/12/03/pcp-der-anti-imperialistische-kampf-und-die-bekraef-tigung-der-nationalen-souveranitat-und-unabhaengigkeit/>



Pablo Graubner

ZUM VERHÄLTNISS VON PARTEI UND JUGENDVERBAND

Das Entwickeln von Klassenbewusstsein und Klassenorganisation ist seit jeher die Hauptaufgabe kommunistischer Parteien. Für Marx, Engels und Lenin ergab sich dies aus der Tatsache, dass sich in der Arbeiterklasse zwar spontan ein gewerkschaftliches Bewusstsein entwickeln kann, das es ermöglicht, sich zur Verteidigung der unmittelbaren Interessen zusammenzuschließen. Zur Entwicklung eines Bewusstseins über den gesamtgesellschaftlichen Klassengegensatz und die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus sei eine eigenständige Organisation, die Kommunistische Partei nötig. In der Vergangenheit haben kommunistische Parteien wie die DKP ihre besondere Rolle im Klassenkampf und ihre Unersetzbarkeit betont, ohne die Notwendigkeit von Organisationen der Arbeiterbewegung mit spezifischen Aufgaben zu übersehen, wie etwa Gewerkschaften, Bildungsinstitute, antifaschistische und Friedensorganisationen, Frauen- und Jugendverbände. Zwar haben kommunistische Parteien seit jeher einen all-gemeinpolitischen Anspruch, der sich theoretisch in Programmen und praktisch in einer entsprechenden Aktionstätigkeit niederschlägt. Organisationen

von bestimmten Teilen der Arbeiterklasse können jedoch unter Umständen besser in der Lage sein, die jeweilige Gruppe ausgehend von ihrer Lage und ihren Interessen zu organisieren und für bestimmte Teilziele zu kämpfen. Besondere Bedeutung haben für kommunistische Parteien – neben den Gewerkschaften – sozialistische/kommunistische Jugendverbände.

Organisatorische Selbständigkeit erforderlich

Während im Mittelalter die Jugend ausschließlich im Kreis der Familie aufwuchs, steht sie im Kapitalismus mitten in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Gleichzeitig hat sie besondere Probleme und Interessen. Geringere Löhne, Bildungsabbau, immer teurere Freizeitangebote usw. Jugendliche entwickeln sich erst zu Gesellschaftsmitgliedern und machen ihre ersten Erfahrungen mit dem Kapitalismus in Schule, Betrieb, Hochschule und Armee. Allerdings machen sie diese prägenden Erfahrungen unter anderen Bedingungen als die ältere Generation es getan hat. Sie suchen nach ihrem politischen Standort.

In der Regel sind Jugendliche heutzutage ohne Klassenbewusstsein, wenn sie in das Arbeitsleben eintreten. Hinzu kommt, dass die heutige junge Generation kaum größere Klassenkämpfe erlebt hat, dafür jedoch unsichere Arbeitsverhältnisse als Normalität wahrnimmt. Auf der anderen Seite steht allerdings die jahrzehntelange anti-kommunistische Impfung in Westdeutschland zu Zeiten der Systemkonfrontation. Bürgerliche Ideologen schlagen daher regelmäßig Alarm, dass das Wissen (sprich: die Lügen) über die DDR unter Jugendlichen viel zu wenig verbreitet sei. Neben einem generationsspezifischen Klassenbewusstsein entstehen auch eigene Kampf- und Organisationsformen. Beispiele dafür sind etwa die Bildungsstreiks der vergangenen Jahre, Jugendversammlungen in Betrieben und der Zusammenschluss in der Gewerkschaftsjugend. Ihre im Vergleich zu früheren Jahrhunderten größere wirtschaftliche Selbstständigkeit führt zu einer größeren kulturellen und politischen Selbstbetätigung.

Lenin stellte fest: „Es kommt oft vor, dass Vertreter der Generation der

Erwachsenen und Alten es nicht verstehen, in richtiger Weise an die Jugend heranzutreten, die sich zwangsläufig auf anderen Wegen dem Sozialismus nähert, nicht auf dem Wege, nicht in der Form, nicht in der Situation, wie ihre Väter. Das ist einer der Gründe, warum wir unbedingt für die organisatorische Selbständigkeit des Jugendverbandes eintreten, nicht nur deshalb, weil die Opportunisten diese Selbständigkeit fürchten, sondern auch dem Wesen der Sache nach. Denn ohne vollständige Selbständigkeit wird die Jugend nicht imstande sein, sich zu guten Sozialisten zu entwickeln und sich darauf vorzubereiten, den Sozialismus vorwärtszuführen. Für die vollständige Selbständigkeit der Jugendverbände, aber auch für die volle Freiheit einer kameradschaftlichen Kritik ihrer Fehler! Schmeicheln dürfen wir der Jugend nicht.“ [1]

Jugendliche zu Kommunisten erziehen

Die Aufgaben eines sozialistischen/kommunistischen Jugendverbandes ergeben sich aus den besonderen Interessen und Bedürfnissen Jugendlicher, ihrer Entwicklung und ihres generationsspezifischen Bewusstseins. Damit haben sie eine eigenständige Aufgabenstellung und sind keine „kleinen kommunistischen Parteien“. Für Lenin besteht die Hauptaufgabe der Jugendverbände darin, zu lernen, den Sozialismus zu studieren. Dabei geht es natürlich nicht nur um Bücherwissen. „Ihr sollt aus euch Kommunisten erziehen. Die Aufgabe des Jugendverbandes ist es, seine praktische Tätigkeit so zu gestalten, dass diese Jugend, indem sie lernt, sich organisiert, sich zusammenschließt und kämpft.“ [2]

Damit ist aber auch klar, dass die Unterschiede zwischen kommunistischer Partei und Jugendverband keine politisch-inhaltlichen sind. Der Jugendverband muss stets den Anspruch an sich stellen, seine Mitglieder zu Kommunisten zu erziehen. Dieser Aufgabe muss er selbstständig, aber mit Unterstützung der Kommunistischen Partei nachkommen. Beim Lernen dürfen sich die Jugendverbände nicht im Studierzimmer einschließen, sondern müssen sich aktiv und eigenständig an den Tageskämpfen der arbeitenden und lernenden Jugend beteiligen, sie formen und im Studieren und Kämpfen ihren eigenen Weg im Klassenkampf

gehen. Dazu gehört eine eigenständige Agitations- und Propagandaarbeit, eine eigene Widerstandskultur, die in der Lage ist, Klassenbewusstsein unter Jugendlichen zu verbreiten.

Integration oder politische Selbstständigkeit?

Das Verhältnis zwischen kommunistischen Parteien und Jugendverbänden war stets Ergebnis eines Ringens um die Bestimmung der jeweiligen Rollen. Besonders in Zeiten schwerer Umbrüche, wie etwa nach Niederlagen in Klassenkämpfen, wurden unterschiedliche Vorstellungen deutlich. Sie reichten dabei von einer Ablehnung organisatorisch eigenständiger Jugendverbände bis hin zur Propagierung einer völligen politischen Loslösung des Jugendverbandes von der Partei. Während sich die Notwendigkeit organisatorisch eigenständiger Jugendverbände durchsetzte, musste die politische Orientierung an einer Partei immer wieder neu bestimmt werden. Die neugegründete Kommunistische Internationale beschäftigte sich 1920, vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung zwischen den opportunistischen Parteien der zweiten Internationale und den neuen Kommunistischen Parteien, mit der Jugendorganisationsfrage.

Vom Exekutivkomitee der Komintern wurde auf Vorschlag des Büros der Jugendinternationalen Thesen zur Jugendbewegung beschlossen. Die Frage, wie stark sich Jugendverbände an Parteien anlehnen oder politisch unabhängig sein sollen, wird darin vom Fortschritt im Entstehungsprozess einer revolutionären, kommunistischen Partei abhängig gemacht: „Die Beziehungen zwischen Kommunistischer Partei und der Kommunistischen Jugendorganisation nehmen nach den verschiedenen Situationen und dem verschiedenen Stand der Parteien in den einzelnen Ländern verschiedene Formen an. In einigen Ländern, in denen die Bildung kommunistischer Parteien noch im Fluss ist und die Jugend-Verbände sich erst von den sozialpatriotischen und zentristischen Parteien spalten, herrscht die Losung der absoluten politischen und organisatorischen Unabhängigkeit der Jugendbewegung, und in dieser Situation ist diese Losung objektiv revolutionär. Falsch ist die Losung der absoluten Unabhängigkeit in den Ländern, wo bereits starke kommu-

nistische Parteien bestehen und wo die Losung der absoluten Unabhängigkeit von den Sozialpatrioten und Zentristen zur Irreführung der Jugend und gegen die kommunistische Jugendorganisation ausgenutzt wird.“ [3]

Die politische Integration des Jugendverbandes in die Partei sollte sich also vom ideologischen Zustand der Partei ableiten, in jedem Fall aber vom Jugendverband selbst gewählt werden: „Zu diesem Verhältnis mit den kommunistischen Parteien müssen alle Jugendorganisationen kommen, und zwar nicht durch den Zwang der Partei, sondern durch Überzeugung und freie Entschließung der Jugendorganisationen“ [3]. Den kommunistischen Parteien gab die Komintern mit auf den Weg, sie sollten die kommunistischen Jugendorganisationen intellektuell und materiell unterstützen, „ohne diese Unterstützung mit kleinlicher Einmischung in die Tätigkeit der Kommunistischen Jugendorganisation und mit der Jugendpflege zu verknüpfen.“

Lenin und die Komintern sahen eine kommunistische Identität der Jugendverbände als notwendig an, um ihre Kraft für die Bildung kommunistischer Parteien einzusetzen. Die SDAJ hat seit ihrer Gründung im Jahr 1968 kein Geheimnis aus ihrer Weltanschauung und ihrer Partnerschaft zur DKP gemacht, zugleich aber stets mit ihrer Aktions-einheitspolitik auch den Versuch unternommen, auf sozialdemokratisch oder weltanschaulich anderweitig orientierte Jugendliche Einfluss zu nehmen und sie an den Marxismus heranzuführen.

Und heute?

Die DKP formulierte zuletzt ihr Verhältnis zur SDAJ im Programm von 2006: „Die DKP will, dass die Arbeiterjugend ihre Kraft in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen mit der ihrer älteren Kolleginnen und Kollegen vereint. (...) Dabei wirkt die DKP eng mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und der Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) zusammen, mit denen sie gemeinsame weltanschauliche Grundlagen und politische Überzeugungen verbinden.“ [4]

Die SDAJ beschreibt ihrerseits in ihrem 2012 überarbeiteten Zukunftspapier ihr Verhältnis zur DKP: „Die SDAJ (...) sieht es als ihre wesentliche Auf-



gabe an, Klassenbewusstsein unter der Arbeiterjugend zu schaffen, mit dem Ziel der Er kämpfung einer sozialistischen Gesellschaft. Mit der Deutschen Kommunistischen Partei verbindet sie dieses gemeinsame Ziel, sowie die sozialistische Weltanschauung, die auf Grundlage der Ideen von Marx, Engels und Lenin begründet wurde“ [5]. Sie formuliert zugleich klare Vorstellungen über die Aufgaben der Kommunistischen Partei: „Nur eine Kommunistische Partei kann dafür sorgen, dass Opportunismus, Reformismus und ideologische Einflüsse des Kapitals auf die gesamte Arbeiterklasse zurückgedrängt werden. Zur Er kämpfung des Sozialismus bedarf es also einer Kom-

munistischen Partei, die die generationenübergreifende Vorhut der Arbeiterklasse ist.“ [6]

Die Frage, ob es der DKP in absehbarer Zeit gelingt, wieder als revolutionäre Kraft in die Klassenkämpfe einzugreifen und wahrnehmbar im Land zu werden, ist eng damit verknüpft, ob es ihr gelingt, wieder eine Partei der Jugend zu werden. Die Orientierung auf die SDAJ, als dem marxistischen Jugendverband in der BRD, darf sie nicht aufgeben. Im Gegenteil – die Unterstützung für die SDAJ muss ausgeweitet werden und ein zentrales Thema auf dem kommenden Parteitag sein.

Quellen und Anmerkungen

- [1] W. I. Lenin: Jugend – Internationale, Lenin Werke, Band 23, Seite 163–167
- [2] W. I. Lenin: Die Aufgaben der Jugendverbände, Lenin Ausgewählte Werke, Band 5, Seite 688
- [3] Alfred Kurella: Gründung und Aufbau der KJL. München 1972
- [4] DKP Parteiprogramm: <http://www.dkp-online.de/programm>, Seite 41
- [5] SDAJ Zukunftspapier: <http://www.sdaj-netz.de/uber-uns/zukunftspapier>, Seite 48
- [6] ebd.



Daniel Bratanovic

BREITE MASSEORGANISATION ODER PARTEIJUGEND?

„Wir sind die Partei der Zukunft, die Zukunft aber gehört der Jugend.“

Wir sind die Partei der Neuerer, den Neuerern aber folgt stets die Jugend am liebsten.

Wir sind die Partei des aufopferungsvollen Kampfes gegen die alte Fäulnis, zum aufopferungsvollen Kampf aber ist stets die Jugend als erste bereit.“

(Lenin)

Nichts weniger als „eine völlige Umgestaltung des Charakters der kommunistischen Jugendverbände durch die Schaffung von überparteilichen, wirklichen Massenorganisationen der Jugend“, forderte Walter Hähnel. Sie sei „deshalb notwendig, weil sie ihren Formen und ihrem Inhalt nach nicht den Wünschen und dem Leben der werktätigen Jugend entsprechen und deshalb nicht zu breiten Massenorganisationen werden können“ [1], fügte er an. Er sprach dies aus auf der Brüsseler Konferenz der KPD im Oktober 1935, die aus Tarnungsgründen den belgischen Tagungsort angab, in Wirklichkeit aber in Kunzewo bei Moskau stattfand. Walter Hähnel war zu dieser Zeit der Vorsitzende des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes

(KJVD). Es ist das Eingeständnis eines Scheiterns: „Wir waren keine Jugendorganisation, sondern eine junge Partei und haben bereits früher nicht dem Leben der Jugend Rechnung getragen.“ [2]

1935 hatte der Terror von Gestapo, SA und SS die kommunistische Bewegung in Deutschland in tiefe Illegalität gedrängt. Die Aussicht auf freie politische Betätigung lag fern. Die Arbeiterbewegung einschließlich ihrer Jugendorganisationen hatte den Faschismus nicht verhindern können. Eine selbstkritische Rückschau war unvermeidlich, und sie fiel drastisch aus. Die bisherige Herangehensweise an jugendpolitische Organisation stand, so Hähnel, komplett zur Disposition.

Zur Beantwortung der Frage, ob die schonungslose Bilanz Hähnels und seine Schlussfolgerungen heute noch Gültigkeit beanspruchen können, ist es entscheidend, sich die unterschiedlichen Bedingungen verschiedener Kampftappen vor Augen zu führen: Die Verhältnisse, die in der Zeit der Weimarer Republik herrschten, die enorm erschwerten Kampfbedingungen während des Faschismus und die heutige Zeit. Das kann an dieser Stelle allenfalls kursorisch erfolgen.

Verhältnis von KJVD zur KPD

Der KJVD ging 1920 zunächst als Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) aus der Freien Sozialistischen Jugend hervor, die ihrerseits im Oktober 1918 mit Unterstützung des Spartakusbundes entstanden war. Anfänglich spielte die Bestimmung des Verhältnisses zur KPD und zur Kommunistischen Jugendinternationale eine große Rolle.

Auf dem 6. Reichskongress der KJD, der im September 1921 in Halle tagte, wurde eine Resolution verabschiedet, die dieses Verhältnis regelte: „Die politische Leitung und Führung muss die KPD haben, der sich die KJD unterordnet. Indem sie Programm, Taktik und Direktiven der KPD und Komintern als höchste Beschlüsse anerkennt, gibt sie ihre seitherige politische Selbständigkeit auf. Das bedeutet nicht die Beseitigung der organisatorischen Selbständigkeit, die nach wie vor zur Erfassung und Schulung der Jugend notwendig ist“ [3]. Der DDR-Historiker Karl-Heinz Jahnke traf folgendes Urteil: „Mit diesem Beschluss sagte sich die KJD von den avantgardistischen Auffassungen los und regelte ihr Verhältnis zur KPD endgültig im marxistisch-leninistischen Sinne.“ [4]

Mit „avantgardistischen Auffassungen“ war ein bestimmtes Verständnis der Jugendfrage gemeint, das auf dem Kongress zur Sprache kam. Max Köhler, Mitglied der Zentrale, hob in seinem Referat hervor, dass es nicht mehr darum gehen könne, dass die Jugend eine Sonderrolle beanspruche. „Wir haben jetzt die Aufgabe, nicht mehr die Avantgarde zu sein, sondern die Partei von innen her vorwärts zu treiben“ [5]. So sprach denn die Resolution auch davon, dass es nicht möglich sei, dass zwei Parteien nebeneinander existierten, die sich nur durch das Alter ihrer Mitglieder voneinander unterschieden. Aufgabe der Parteijugend sei es, die Masse der Jugend zu sammeln und sie im Sinne des Kommunismus zu erziehen.

Aufgaben einer Parteijugend

Die Teilnehmer des Kongresses lehnten demnach ein Partikularverständnis von Jugend ab, demzufolge „Jugend“ sich klassenindifferent qua Alter und Gnade später Geburt als Teil über das Ganze erhebt und sich berufen fühlt, die desperaten gesellschaftlichen Verhältnisse hinwegzufegen. Demgegenüber besaß der KJVD den Anspruch einer Politik, die gemeinsam mit ihren älteren Klassengenossen in der KPD zu verfolgen war. Gerade dieses Verständnis führte allerdings dazu, dass der KJVD zwei wesentliche Arbeitsbereiche benannte, die keineswegs im Widerspruch zur besagten Linie standen: Er versuchte seine Mitglieder systematisch zu schulen und Kader zu entwickeln, die zweifelsohne auch später in der Partei wirken sollten. *Massenschulungen* sollten das Niveau des gesamten Verbandes heben, *Leninschulen* Funktionäre befähigen, ihre Verbandsaufgaben zu erfüllen.

De facto Parteijugend zu sein, bedeutete jedoch nicht, dass das Verbandsleben und die Verbandspraxis in einer gleichsam esoterischen Nische, einen fest arrondierten Milieu von Kommunisten eingesperrt gewesen wäre. Das Milieu war die Arbeiterklasse, die Zielgruppe die proletarische Jugend. Die angestrebte Mitarbeit im „Reichsausschuss der Arbeiterjugendbewegung“ (Rajo) währte nur kurz. Auf Initiative des ADGB wurde die KJD nach weniger als einjähriger Mitgliedschaft im Februar 1922 aus dem Rajo ausgeschlossen.

Unabhängig davon entwickelte die KJD bzw. der spätere KJVD eigene jugendspezifische Forderungen. Der KJVD forderte grundsätzlich die Gleichstellung von jugendlichen und erwachsenen Arbeitern. Er setzte sich für eine Ausweitung des Jugendschutzes auf alle Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ein. Er verlangte einen vierwöchigen bezahlten Jahresurlaub sowie die strikte Einhaltung des Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit und des Beschäftigungsverbots von Jugendlichen in gesundheitsschädigenden Gewerben und Betrieben. Die proletarische Jugend sollte tariflich festgelegte Mindestlöhne erhalten. Gefordert wurde ferner, dass der Besuch der Berufsschulen während der regulären Arbeitszeit stattzufinden habe und entsprechend zu vergütet sei. Berufsausbildung und Lehrmittel sollten bis zum 18. Lebensjahr kostenlos sein. In den Berufsschulen sollten Schülerräte über den Lehrplan mitbestimmen können. Erwerbslose Jugendliche sollten prinzipiell die gleiche finanzielle Unterstützung erhalten wie die erwerbslosen erwachsenen Arbeiter. Im Bereich des Lehrlingsschutzes verlangte der KJVD ein generelles Züchtigungsverbot, die Abschaffung individueller Lehrverträge sowie die Aufhebung des Kost- und Logiszwangs. Die Kontrolle der Lehrlingsbeschäftigung sollte den Gewerkschaften obliegen, Lehrlingslöhne im Verhältnis zur Qualifizierung gestaffelt, Arbeiten, die nicht zum Berufsbild gehörten, verboten und die Lehrzeit auf zwei Jahre beschränkt werden. Zum Ende der Weimarer Republik wehrte sich der KJVD gegen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht und die Notverordnungen Brünnings, die Jugendliche im Großen und Ganzen von der Erwerbslosenunterstützung ausschlossen. [6]

Verbindung mit der KP auch im Faschismus

Von Brünnings Notverordnungen bis zur Errichtung der faschistischen Diktatur vergingen lediglich einige Monate. Die Kampfbedingungen veränderten sich damit jedoch ganz erheblich. Es musste nunmehr das Ziel sein, möglichst die gesamte Jugend im antifaschistischen Sinne zu erziehen und in den Kampf gegen die Nazi-Herrschaft zu führen. Diese Umstände geben den Hintergrund ab, vor dem Hähnel seine Über-

legungen über eine „völlige Umgestaltung des Charakters kommunistischer Jugendverbände“ [7] anstellte und die Forderung erheben konnte, zusammen mit der sozialistischen Jugend überparteiliche antifaschistische Massenorganisationen zu schaffen.

Die besondere Beziehung zur kommunistischen Partei sollte derweil erhalten bleiben: „Wir können heute umso eher die Schaffung überparteilicher Jugendorganisationen anstreben, weil die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern gefestigt und bolschewisiert sind. Sie werden das Vertrauen dieser überparteilichen Jugendorganisationen gewinnen können, um sie anzuleiten und in richtiger Weise zu entwickeln“ [8]. Von der Warte der Jugendorganisation ausgehend, heißt es an anderer Stelle: „Es ist eine Frage der Erziehung der Mitgliedschaft in dieser Organisation, indem wir der Mitgliedschaft begreiflich machen, dass die Verbindung mit der Kommunistischen Partei notwendig ist, weil sie die besten Erfahrungen im Kampf gegen die Kapitalisten und gegen den Faschismus hat und zu gleicher Zeit der beste Interessenvertefender der Jugend ist“ [8]. Schluss gemacht müsse indessen mit der Nachahmung der Methoden der Partei und damit, eine junge Partei der Werktätigen darzustellen. Aller verlangten organisatorischen Umbrüche zum Trotz – die enge Bindung an die Partei und die Orientierung am Marxismus-Leninismus sollte bewahrt bleiben.

Der Faschismus führte zu einer besonderen Kampfetappe, die der kommunistischen Bewegung samt ihrer Jugend entsprechende Anpassungen und Strategiewechsel abverlangte. Der Faschismus bedeutete zugleich das schmerzhafteste Anerkenntnis einer schweren Niederlage, die unweigerlich die Frage nach gemachten Fehlern aufwarf. Über die bereits genannten Ausführungen lässt sich jedoch nicht erkennen, dass Hähnel geneigt war, die damalige Praxis des KJVD in Bausch und Bogen zu verdammen. Die aufgeführten Forderungen belegen indes, dass der Verband kleine Tagesforderungen in direktem Interesse der Arbeiterjugend mit revolutionären Zielen organisch zu verknüpfen suchte. In welchem Umfang und auf welche Weise diese Verknüpfung hergestellt werden konnte oder nur unzulänglich gelang,



müsste einer gründlicheren Untersuchung vorbehalten bleiben.

Für die Gegenwart gilt es, die Erfahrungen zweier verschiedener Kampf- etappen aufzugreifen und im dialektischen Sinne aufzuheben. Es kommt darauf an, die eigene Kampf- etappe zu bestimmen, um daraus angemessene strategische und taktische Schlüsse abzuleiten, die dem einen großen Ziel der Umwälzung der Verhältnisse untergeordnet sind. Und trotz der drastischen Kritik Hähnel's gilt: Zumindest dem

Selbstverständnis nach war der marxistisch-leninistische Jugendverband zu keinem Zeitpunkt eine *junge Partei*, eine *kommunistische Partei im Kleinen*. Nicht 1921, nicht 1935 und auch nicht 2013.

Quellen und Anmerkungen

[1] Aus dem Diskussionsbeitrag von Walter Hähnel (Karl), Vorsitzender des Zentralkomitees des KJVD, S. 542, in: Klaus Mammach (Hg.): Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.–15. Oktober 1935), Frankfurt/Main 1975, S. 541–550

[2] ebd.

[3] zitiert nach: Barbara Köster: Die Junge Garde des Proletariats. Untersuchungen zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands in der Weimarer Republik, Bielefeld 2005, S. 44. (Onlinequelle: <http://pub.uni-bielefeld.de/download/2303641/2303644>; zuletzt aufgerufen am 21.01.2013)

[4] ebd., S. 45

[5] ebd., S. 43

[6] ebd., S. 113f

[7] Siehe Hähnel, a. a. O., S. 543

[8] ebd., S. 547f



Sepp Aigner

NUTZT DIE MITGLIEDSCHAFT IN DER EL DER PARTEI?

Auf dem 20. Parteitag werden zwei Positionen zur Europäischen Linkspartei gegeneinander stehen: Es liegen Anträge auf Vollmitgliedschaft sowie auf Beendigung des Beobachterstatus – also Austritt – vor.

Die DKP ist in einem Zustand, in dem sie um ihre Existenz kämpfen muss. Der Mitgliederstand ist weiter rückläufig. Die Differenzen in zentralen ideologischen Fragen werden für einen längeren Zeitraum Kraft absorbieren. Der Beobachterstatus bei der EL hat die Gegensätze in der Partei noch verschärft. Hier ist keine Einigung absehbar. Ihn gegen den Widerstand eines großen Teils der Partei beizubehalten oder gar die Vollmitgliedschaft durchsetzen zu wollen, würde die wechselseitige Blockierung und das Auseinanderdriften verstärken. Wer so agiert, stellt die Anbindung an die EL höher als die Einheit der Partei.

Wenn im Antrag der KVM München argumentiert wird, die Partei könne als Mitglied der EL agieren, „ohne unsere Identität und Souveränität aufzugeben“, dann wird damit das Parteiverständnis der Anhänger der *Politischen Thesen* wiedergegeben, die vom 19. Parteitag als Grundlage unserer Politik zurückgewiesen wurden. Die Anbindung an die EL ist der Versuch, die in den *Thesen* formulierte Politik mit anderen Mitteln in der Partei durchzusetzen.

Und wenn beim öffentlichen Auftreten der DKP die EL-Symbole neben unseren eigenen stehen, werden wir als Teil dieser Partei wahrgenommen. Die deutsche Repräsentantin der EL ist aber in erster Linie die Linkspartei, als deren Hilfskraft wir damit wahrgenommen werden. Da wird es schwierig zu erklären, warum neben der Linkspartei überhaupt eine eigenständige kommunistische Partei nötig ist. (Das ist z. B. in Frankreich und Spanien anders: Dort gibt es keine Linksparteien, die zwanzigmal mehr Mitglieder haben als die KP).

Die EL ist keine „zeitgemäße europäische Internationale“

Die EL ist keine revolutionäre Partei. Sie ist ein Sammelbecken verschiedener linker Strömungen. Die Kommunisten sind in ihr minoritär: 16 von 38 Mitglieds- bzw. Beobachterparteien, überwiegend mit demokratisch-sozialistischen, links-grünen und reformistischen Positionen. Ein Großteil der EL-Parteien sind keine Arbeiter- sondern kleinbürgerlich-linke Parteien. Die EL ist im Verhältnis zu den traditionellen Parteilagern der Linken – den Sozialdemokraten und den Kommunisten – eine Mischpartei, bestehend aus rechtsopportunistischen ehemaligen Kommunisten, ehemaligen Sozialdemokraten, die nach links gerückt sind, und kleinbürgerlichen Strömungen, die

ökologische neo-feministische, antirassistische, demokratisch-sozialistische Themen in den Mittelpunkt stellen.

Die kommunistischen Parteien, die der EL angehören, sind ausnahmslos solche, in denen revisionistische Positionen Einfluss haben, und in mehreren von ihnen gibt es um die EL-Mitgliedschaft heftige Auseinandersetzungen (so z. B. in der PCF, der italienischen Rifondazione Comunista, der tschechischen KSCM, der DKP und der Partei der Arbeit der Schweiz). Ungefähr die Hälfte der europäischen kommunistischen Parteien beteiligt sich an der EL – elf als Vollmitglieder, fünf im Beobachterstatus. Die andere Hälfte beteiligt sich nicht, darunter die mitgliedsstarken und einflussreichen Parteien Portugals und Griechenlands. Die EL wirkt somit als Keil in der kommunistischen Bewegung.

Die EL als Partei von EU-Gnaden

Die EL versteht die EU als ein im Grunde zeitgemäßes und notwendiges Projekt, wie es z. B. Lothar Bisky ausdrückte: „Bei aller notwendigen Kritik betone ich aber, dass wir Linken uns unserer Verantwortung für die EU bewusst sind. Denn die Idee der Europäischen Einigung ist auch eine durchaus linke Idee...“ [1]. Die Begründung ist zunächst ökonomisch – die Internationalisierung erfordere die Herstellung großer Märkte jenseits

nationalen Grenzen – und löst dann einen ökonomistischen Kurzschluss aus: die „ökonomischen Erfordernisse“ zögen unvermeidlich eine entsprechende Umwälzung des politischen Überbaus nach sich – die Nationalstaaten als Auslaufmodell und die EU als der kommenden supranationalen Staat. Unverkennbar liegen der Propagierung der europäischen Integration auch geopolitische Überlegungen zugrunde: die EU als Macht in einer multipolaren werdenden Welt, die den USA auf gleicher Augenhöhe gegenüberzutreten kann.

Die Rede von einem *alternativen Europa* verdeckt, dass die EL dem Inhalt nach für ein imperialistisches geeintes Europa Partei ergreift. Das *alternative Europa* ist dessen scheinbar ansprechende Fassade. Diese Position ist in der westeuropäischen Linken weit verbreitet. Sie taucht sogar in unserem Programm auf. Hier findet sich der fatale Satz: „*Der imperialistische Charakter der EU-Konstruktion macht jedoch die Erwartung illusorisch, diese Europäische Union könne ohne einen grundlegenden Umbruch in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen zu einem demokratischen, zivilen und solidarischen Gegenpol zum US-Imperialismus werden*“ [2]. Der *grundlegende Umbruch*, das *alternative Europa* also im geostrategischen Dienst eines „Gegenpols zum US-Imperialismus“!

Die Idee eines *alternativen Europas* als Gegenpol in der Staatenkonkurrenz ist durchaus keine linke Idee. Als Kommunisten dürfen wir nicht Geopolitik, sondern müssen internationalistische Klassenpolitik betreiben. „*Die DKP verbindet das konsequente Eintreten für die Sache der Werktätigen im eigenen Land mit der solidarischen Unterstützung des Kampfes der fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt*“ [3]. Ein transnationaler Europa-Nationalismus hat darin keinen Platz.

Die EU steht für eine alternative Blockbildung in Europa, die wir als Kommunisten ablehnen und bekämpfen müssen. Unsere Fähigkeit, der Linken politische Orientierung im Interesse der deutschen und internationalen Arbeiterklasse zu geben, muss sich darin beweisen, dass wir dem linken Mainstream in Sachen EU, einem *alternativ* lackierten, transnationalen EU-Imperialismus entgegenzutreten. Dem modischen Gerede von einem angeb-

lichen EU-Staat im Werden müssen wir die Fakten entgegensetzen: Die EU ist ein imperialistisches Staatenbündnis, das sich als Weltmacht aufstellen will und dem Kampf um Über- und Unterordnung in der imperialistischen Staatenkonkurrenz einen institutionellen Rahmen gibt. Die EU erweist sich für das imperialistische Deutschland als Hebel für die Unterordnung der europäischen Staaten unter seine Führung und für das deutsche Streben nach Weltmachtgeltung. Die wirkliche Macht der Monopolbourgeoisie hat sich nicht *transnationalisiert*, sondern beruht nach wie vor auf den nationalstaatlichen Machtinstrumenten. Der Hauptfeind steht nicht in Brüssel und schon gar nicht in Washington, sondern in Berlin.

Es ist nur konsequent, dass sich die EL auch in praktischer Hinsicht der EU unterstellt. Als eine von elf von der EU anerkannten Parteien bekennt sie sich – wie es die EU-Bürokratie verlangt – zu den Grundsätzen der EU. Ein großer Teil der Finanzmittel für die EL und die ihr nahestehende Zeitschrift *transform* kommt aus dem EU-Haushalt. Die EL ist für den Unterhalt ihres Apparats auf diese Mittel angewiesen – aus eigener Kraft könnte sie diesen nicht unterhalten. Damit ist schon entschieden, welches Gewicht die Orientierung auf den Parlamentarismus hat, der in Gestalt des EU-Parlaments zudem eher der zaristischen Duma gleicht als einem bürgerlich-demokratischen Parlament. Die Zahl der Wählerstimmen entscheidet über die Existenz des Apparats. Entsprechend verwaschen ist die EL-Politik. Die Bekenntnisse zum Vorrang des außerparlamentarischen Kampfes werden unter diesen Umständen zu Lippenbekenntnissen.

Der Spaltung der kommunistischen Bewegung entgegenzutreten

In diese Partei sollen wir eintreten, wenn es nach Leo Mayer, Detlef Fricke, Bettina Jürgensen und anderen geht. Damit wiederholt sich in unserem kleinen Zusammenhang, was die EL in Bezug auf die kommunistische Bewegung im europäischen Maßstab bewirkt – die Bildung von Lagern innerhalb der kommunistischen Parteien, die Gefahr der Spaltung der kommunistischen Bewegung. Tibor Zenker charakterisiert die Rolle der Europäischen Linkspartei gegenüber den Kommunisten so: „Hier

soll, analog zu den Vorgaben der imperialistischen EU, eine ‚kooperative‘, kapitalismuskompatible, pseudolinke Sammlung geschehen, deren vorrangigstes Ziel ebenfalls die Liquidierung des Marxismus und möglichst der kommunistischen Parteien ist“ [4]. Der langjährige Vorsitzende der steirischen KPÖ, Franz Parteder, sieht die Aufgabe der EL darin, „den kommunistischen Parteien den marxistischen Giftzahn zu ziehen“. [5]

Wer den kommunistischen Charakter der DKP verteidigen will, muss sich einer Vollmitgliedschaft in der EL entgegenstellen und für die Beendigung des Beobachterstatus eintreten. Dadurch freiwerdende Kapazitäten sollten in die Verbesserung der Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien investiert werden.

Bei voller Wahrung der organisatorischen und politischen Unabhängigkeit von der EL hat diese Partei in unserer Aktionseinheits- und Bündnispolitik einen festen Platz. Deren vorrangiges Ziel ist es, dass sich die Lohnabhängigen nicht durch weltanschauliche, nationale oder religiöse Unterschiede spalten lassen. Mit den Mitgliedern der Linkspartei wie der EL verbinden uns eine Reihe gemeinsamer Forderungen und Ziele im Klassenkampf, die Zusammenarbeit mit ihnen ist deshalb eine Selbstverständlichkeit.

Die EL aber als organisatorischen Rahmen, als linke Sammlungspartei zu behandeln, führt zur Schwächung, Spaltung und letzten Endes zur Liquidierung der DKP. Das muss auf dem 20. Parteitag verhindert werden.

Quellen und Anmerkungen

- [1] Lothar Bisky, Rede vor dem EU-Parlament, September 2011
- [2] Programm der DKP, Abschnitt „Ein anderes Europa ist möglich“, S. 16
- [3] Programm der DKP, Abschnitt „DKP – Partei der Arbeiterklasse“, S. 48
- [4] Tibor Zenker, zitiert nach: <http://kritische-massen.over-blog.de/article-europaische-linkspartei-her-majesty-s-loyal-opposition-105310087.html>
- [5] Franz Parteder, 5 Jahre EU-Linkspartei (Gedankensplitter), 11.5.2009, zitiert nach: www.kominform.at/article.php/2009051114170210



HANDELN!

Vor fünf Jahren, im Februar 2008, stellten zehn Mitglieder des damaligen Parteivorstands einen Antrag an den 18. Parteitag der DKP, eine Handlungsorientierung für 2008/09. Dort heißt es: „Im 40. Jahr der DKP ist unübersehbar: Die kommunistische Partei kämpft um ihre Existenz. Die Mitgliederzahl sinkt, die Partei ist überaltert, das Finanzproblem wächst, und Resignation macht sich unter aktiven Genossinnen und Genossen breit. Besonders drastisch ist der Zerfall der Organisationsstrukturen. Nur noch ein Drittel der Grundorganisationen arbeitet mit Vorständen, nur die Hälfte führt regelmäßig Bildungsabende durch ...“ Der Antrag wurde damals abgelehnt. Der negative Trend wurde nicht aufgehoben.

Das Ziel der Handlungsorientierung war, „eine verbindliche Schwerpunktsetzung für alle Gliederungen der Partei zu gewinnen, die es ermöglichen soll, das Wirken in der Arbeiterklasse und die Formierung von Widerstand in diesem Land zu stärken und die Partei vor allem in ihren Grundorganisationen zu stärken“. In diesem Sinne stellt der Landesverband Berlin erneut eine Handlungsorientierung der DKP für 2013/14 als Antrag an den 20. Parteitag.

Selbst in einer Zeit, in der die Arbeiterbewegung in der Defensive ist und die Ideologie der Herrschenden die Köpfe verdreht, gibt es oppositionelle Minderheiten, insbesondere bei der Jugend. Um sie zu gewinnen, muss die Partei sich „profilieren“, d. h. wenigstens auf bestimmten Feldern des Klassenkampfes eine Vorreiterrolle übernehmen. Forderungskataloge, die Wunschzetteln ähneln, haben die Partei nicht weitergebracht, sondern nur ihre Ohnmacht dokumentiert.

Der ökonomische und politische Rahmen ist die seit 2007 andauernde Krise, „ihrem Wesen nach eine chronische Überproduktions- bzw. Überakkumulationskrise“, wie es im Antrag heißt. Angesichts der in der Partei verbreiteten theoretischen Ungenauigkeit, eine Vielzahl von Krisen verschiedenster

Art (Finanz-, Schulden-, zyklische, ökologische, politische Krise u. a. m.) einfach nebeneinanderzustellen, wäre ein Hinweis im Antrag sinnvoll gewesen, dass die tiefe zyklische Krise die Symptome der allgemeinen Krise des Kapitalismus verstärkt, d. h. alle Krisenerscheinungen des sozialen, politischen, wirtschaftlichen, ethischen und kulturellen Lebens sowie der Umwelt und des Klimas verschärft werden.

Klassengegner benennen

Durch die Krise hat sich das Kräfteverhältnis weiter zu Ungunsten des Proletariats verschoben – die Bourgeoisie ist dabei, die Arbeiterklasse um hundert Jahre zurückzuwerfen. Ihre Mittel waren zum einen die Hartz-IV-Gesetze und die Ausweitung von Leiharbeit und des Niedriglohnbereichs, zum anderen die Demontage der sozialen Sicherungssysteme. Ein lang andauernder Kampf wie der um die 35-Stunden-Woche in den 1980er Jahren wäre zurzeit undenkbar. In der jetzigen Etappe des Klassenkampfes muss deshalb die Hauptaufgabe der Partei darin bestehen, „die Arbeiterklasse zu befähigen, Klassenbewusstsein zu entwickeln“. Diese kennt mehrheitlich kaum noch ihren Klassengegner und sucht ihr Heil in der Klassenzusammenarbeit. Wer dagegen setzt „der deutsche Imperialismus ist der Hauptfeind der Arbeiterklasse in der BRD“, muss selbst unter Kommunisten mit Widerspruch rechnen.

Da die Bourgeoisie nach dem Motto *teile und herrsche* vorgeht, sind nicht alle Teile der Arbeiterklasse von deren Angriffen gleichmäßig bedroht und betroffen. Die kampfstärksten Bereiche der Arbeiterklasse werden weitgehend geschont und ruhig gestellt. Diese „Einbindung großer Teile der Arbeiterklasse“ gelang dem Kapital besonders gut in der Krise. Die Abkehr vom sozialpartnerschaftlichen Denken wird zur entscheidenden Frage: Ob es gelingt, die Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie zu lösen und zu befähigen, den Kampf um Reformen mit dem Ziel einer anderen Gesellschaftsordnung aufzunehmen, d. h. den Kampf für ihre eigene Zukunft im Sozialismus zu führen.

Das gilt nicht nur auf nationaler Ebene, es hat genauso für den internationalen Kampf seine Gültigkeit. Der deutsche Imperialismus ist auch „für die Völker der Peripheriestaaten“ der EU bei der „Verteidigung demokratischer und sozialer Rechte und nationaler Souveränität“ der Hauptgegner geworden. Objektiv macht die Politik des Lohndumpings die deutsche Arbeiterklasse zum Streikbrecher in Europa und verhindert weitgehend die so dringend nötige internationale Solidarität.

Arbeit unter dem Proletariat vorrangig

Im zweiten Teil des Antrags geht es um die Frage, wie die Partei mit dieser Problematik umgeht. Die Arbeit unter den Massen ist die vorrangige Arbeit der Kommunisten. Bekenntnisse zur Bedeutung der Arbeiterklasse im Kampf um die soziale Revolution bleiben bloße Lippenbekenntnisse, wenn von der Partei nicht Ziele und konkrete Aufgaben dafür gesetzt werden. Bei den „Aufgaben der DKP in den zentralen Feldern des Klassenkampfes“ steht deshalb an erster Stelle der „Kampf in und vor dem Betrieb“.

Dieser Abschnitt des Antrags läuft auf das Ziel hinaus, „dazu beizutragen, die klassenkämpferische Orientierung in den Gewerkschaften zu stärken. Eine Voraussetzung dafür ist auch die politische Bekämpfung des Opportunismus innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Die DKP-Mitglieder agitieren und agieren innergewerkschaftlich gegen die Ideologie der Sozialpartnerschaft, der Standortideologie und der Klassenzusammenarbeit und wenden sich gegen betriebliche und gewerkschaftliche Stellvertreterpolitik“.

Das muss vor allem über den Aufbau und die Stärkung der gewerkschaftlichen Strukturen wie Vertrauensleutekörper und ihre überregionale Vernetzung geschehen. Und natürlich nicht durch Verbreitung abstrakter Grundsätze, sondern durch Aufgreifen auch der geringsten Äußerung des Widerstands, durch aktive Beteiligung an den tariflichen Kämpfen und die Unterstüt-

zung der zentralen politischen Anliegen der Gewerkschaften – aber nicht durch Nachtrabpolitik. Anknüpfen „an den Lebensinteressen der Arbeiterklasse“ und ihre Einbeziehung in die Entscheidungen des Klassenkampfes statt Stellvertreterpolitik, heißt nicht, auf der Ebene der Kolleginnen und Kollegen stehen-zubleiben, sondern ihnen einen Schritt im Klassenkampf voranzugehen. Nur so werden wir sie befähigen, die Politik der Sozialdemokratie, die scheinbar von der „Agendapolitik“ abrückt und jetzt wieder auf „soziale Gerechtigkeit“ setzt, zu durchschauen und sie vom Kurs des Co-Managements und der Standortpolitik abzubringen.

Als zweite zentrale Ebene der Offensive des deutschen Imperialismus wird der Angriff auf die öffentliche Daseinsvorsorge in Ländern und Kommunen durch Privatisierung und Sparpolitik dargestellt, von der das Proletariat in doppelter Weise betroffen ist: sowohl durch die Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst und die Ausweitung prekärer Beschäftigung als auch durch den Sozialabbau. Konkret werden die Aufgaben der DKP bei der Unterstützung des (zunehmenden) Widerstands dargelegt; hier nur einige Stichworte: die Analyse der Ursachen – „die Verschuldung der Städte und Gemeinden als gezielte politische Strategie der herrschenden Klasse“ – die Betonung der Interessen der Werktätigen bei Privatisierungen und der Aufbau von antimonopolistischen Bündnissen bzw. die Mitarbeit in ihnen.

Antimonopolistische Aktionseinheit

Die Art der Offensive des Monopolkapitals offenbart Stärke und Schwäche der herrschenden Klasse zugleich. Zwar wird ihrer Offensive bisher kein hinreichender Widerstand entgegengesetzt, aber die vorbeugenden Maßnahmen zur Absicherung ihrer Herrschaft zeigen, dass sie den Volkswiderstand fürchtet. Sie weiß – besser als die Arbeiterklasse selbst – welche Kräfte der schlafende Riese mobilisieren kann.

Außer der Arbeiterklasse bedroht die Monopolbourgeoisie auch die Mittelschichten und die Intelligenz. Diese sind im Kampf zur Abwendung der faschistischen Gefahr unverzichtbar, und sie spielen beim Widerstand gegen die Demontage der bürgerlichen Demokratie, gegen Militarisierung und Kriegspolitik aktuell eine führende Rolle. Und dennoch wird das Kleinbürgertum dem ideologischen Einfluss der Bourgeoisie langfristig nur entrissen werden können, wenn die Arbeiterbewegung den festen Kern des Widerstands – sowohl organisatorisch als auch politisch – bildet, wie es z. B. bei der Remilitarisierung Anfang der 1950er Jahre der Fall war. Der Kampf gegen Faschismus und Krieg erfordert deshalb die Einbeziehung der Gewerkschaften, aber auch weitergehende organisatorische Strukturen wie eine „antimonopolistische Abwehrfront“ für das Bündnis mit dem Kleinbürgertum.

Qualifizierung der Parteimitglieder

Für diese Aufgaben ist die Partei noch zu wenig gerüstet. Wenn die Kommunisten „der entschlossene, weitertreibende Teil der Arbeiterbewegung“ werden wollen (Manifest), dann müssen wir uns dafür qualifizieren: d. h. die Schulungsarbeit vorantreiben, mehr Kader für die Leitungsarbeit ausbilden und die Gruppen lehren, Arbeitspläne zu erstellen, in denen die Mitglieder-gewinnung einen festen Platz hat. Das sind keine unwerfend neuen Ideen – das Neue wäre, dass sie konsequent verfolgt werden.

„Die Aufgabe der DKP in der kommenden Kampfetappe auf den Punkt zu bringen heißt: die DKP als Partei der Arbeiterklasse und des Sozialismus stark machen!“ Der Schluss des Berliner Antrags mag manchen Genossen zu hoch gegriffen sein. Ohne entsprechende Ausrichtung und Konzentration der Kräfte der Partei werden sie Recht behalten. Das hieße aber, dass die Partei weiter an Handlungsfähigkeit und Einfluss verliert. Wird die Handlungsorientierung umgesetzt, dann wird die Partei Schritte tun, die sie dem oben genannten Ziel näher bringt. Auch eine kleine Partei kann etwas bewegen – wenn sie die Linie konsequent verfolgt, die Schwerpunkte nach der Notwendigkeit des Klassenkampfes und der Einschätzung ihrer Kräfte setzt und Mut und Energie ihrer Mitglieder mobilisiert!
Die kursiv gesetzten Textstellen sind Zitate aus dem Antrag.

Download des Antrags des Landesverbandes Berlin an den XX. Parteitag der DKP, beschlossen auf der Landesmitgliederversammlung am 9. Dezember 2012 unter [www.dkp-berlin.info/Reden & Dokumente](http://www.dkp-berlin.info/Reden%20&%20Dokumente)



IN WAS FÜR EINER KRISE LEBEN UND KÄMPFEN WIR?

Bei der aktuellen Krise handle es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um eine *Übergangs- oder Große Krise*. Diese Einschätzung wird in der *Politischen Resolution* des 19. Parteitags getroffen. Fast wortgleich findet sich die Formulierung auch im Antrag des Parteivorstands an den 20. Parteitag *Antworten der DKP auf die Krise*. Doch welchen analytischen Wert hat diese Feststellung und welche praktischen Folgen ergeben sich daraus? Zu diesen Fragen fand bislang keine innerparteiliche Diskussion statt. Eine breite Diskussion zum besseren Verständnis der Krise ist aber notwendig, wollen wir angemessen und effektiv handeln. Nachfolgend wird argumentiert, dass sich das Konzept der *Übergangs- oder Großen Krise* nicht eignet, die aktuellen Erscheinungen auf ihren Begriff zu bringen.

Mit dem Begriff der *Übergangs- oder Großen Krise* soll ausgedrückt werden, „dass grundlegendere Umbrüche in den gesellschaftlichen Verhältnissen – den Formen der Produktion, der Machtausübung des Kapitals, im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, im internationalen Kräfteverhältnis usw. – zu erwarten sind“ [1]. Um diese grundlegenden Umbrüche begrifflich erfassen zu können, genüge der klassische marxistische Krisenbegriff nicht mehr. Doch ist diese Annahme korrekt? Brauchen wir wirklich eine neue Krisenkonzeption um die aktuellen Erscheinungen auf ihren Begriff zu bringen? Gehen wir der Sache auf den Grund.

Jede Krise ist eine „Übergangskrise“

1. In einer („normalen“) kapitalistischen Krise äußern sich die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise in historisch adäquaten Erscheinungen ihrem Wesen nach als Überproduktionskrise. Die zugrunde liegenden gesetzmäßigen Widersprüche sind vor allem in den drei Bänden des Marxschen Kapitals wissenschaftlich dargelegt worden.

Sollte sich eine *Übergangs- oder Große Krise* wesentlich von einer solchen „normalen“ kapitalistischen Krise unterscheiden, so würde dies bedeuten, dass ihr neuartige Gesetze und Widersprüche zugrunde liegen müssten, die im Marxschen *Kapital* nicht zu finden sind. Denn andernfalls wäre der Unterschied unwesentlich, d. h. nur in der Erscheinung. Ist dies der Fall? Bisher liegt keine wissenschaftliche Ausarbeitung dieser potenziell neuen Gesetze und Widersprüche vor. D. h. der Begriff der *Übergangs- oder Großen Krise* ist bis dato wissenschaftlich unbegründet.

2. Dass es sich bei der gegenwärtigen Krise um eine Übergangskrise handelt, ist keine Besonderheit, sondern allgemeines Merkmal jeder kapitalistischen Krise. Jede zyklische Krise ist eine Übergangskrise! Zunächst stellt jede zyklische Krise einen Übergang von einem Umschlagszyklus in den nächsten dar. „Das Leben der Industrie verwandelt sich in eine Reihenfolge von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Prosperität, Überproduktion, Krise und Stagnation“ [2]. Damit sind die Phasen genannt, die im Zuge eines Umschlagszyklus durchlaufen werden. Ist ein Zyklus zu Ende, findet ein Übergang zu einem neuen Zyklus statt. Des Weiteren bildet jede Krise „immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage. Also auch – auf die ganze Gesellschaft bezogen – mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus“ [3]. Die Krise generiert einen qualitativen Sprung in der Produktivkraftentwicklung, sie ist Motor der Revolution der Produktivkräfte. Daher bedeutet Krise immer zugleich den Übergang eines Produktivkraftregimes in ein anderes. Drittens bewirkt die Krise nicht nur an der ökonomischen Basis einen Übergang. Aus dem Grundsatz des historischen Materialismus, dass die Basis stets den Überbau bestimmt, folgt notwendig, dass jede krisenhafte Erschütterung der ökonomischen Basis eine Umwälzung

des politisch-rechtlichen und kulturellen Überbaus zur Folge hat. Da also jede zyklische Krise in mehrfacher Hinsicht eine Übergangskrise darstellt, ist die Feststellung, dass es sich bei der gegenwärtigen Krise um eine „Übergangskrise“ handelt, eine Tautologie.

Allgemeine Krise des Kapitalismus

3. Bei der aktuellen Krise soll es sich nicht nur um eine Übergangskrise handeln, sondern um eine *Große Krise*, d. h. die aktuelle Krise und ihre Folgen seien größer und umfassender, als dies bei „normalen“ zyklischen Krisen der Fall wäre. Dies ist zwar richtig, wer aber bei einer solchen oberflächlichen Betrachtung der Größe stehen bleibt, übersieht das Wesentliche. Die besondere Größe der Krise ist nichts als der historische Ausdruck einer allgemeinen Gesetzmäßigkeit. Diese lässt sich wissenschaftlich auf den Begriff der *allgemeinen Krise des Kapitalismus* bringen. Die Verfallserscheinungen des Imperialismus, sein Verfaulungsprozess erreichen gegenwärtig eine neue, historische Stufe. Dieses wesentliche Moment der Krise wird übersehen, wenn der Blick bloß staunend an der empirischen Mannigfaltigkeit hängen bleibt, ohne diese wissenschaftlich auf ihren Begriff zu bringen.

Wir sehen also, dass der Begriff der *Übergangs- oder Großen Krise* erstens wissenschaftlich unbegründet, zweitens nichtssagend und drittens oberflächlich ist. Er eignet sich nicht, die aktuelle Krise wissenschaftlich zu erfassen und ihr angemessen zu antworten! Die strategische Ausrichtung der DKP muss am Wesen der Krise orientiert sein und nicht an ihren Erscheinungen. Denn nur, wer das Wesen einer kapitalistischen Krise in den Gesetzen der Produktionsweise findet, erkennt die Notwendigkeit der Revolution. Der Begriff der *Übergangs- oder Großen Krise* erhellt dagegen nur die erscheinende

Oberfläche und ist daher Keimzelle reformistischer Illusionen.

Krise des Neoliberalismus?

Dies wird besonders an Leo Mayers Änderungen deutlich. Dieser bezieht sich auf Gramscis Konzept der organischen Krise und setzt dieses mit dem der *Übergangs- oder Großen Krise* gleich [4]. Als organische Krise wird eine „Hegemoniekrise der herrschenden Klasse“ bezeichnet [5]. Diese Hegemoniekrise der herrschenden Klasse äußere sich in der aktuellen Situation als Krise des Neoliberalismus. Der Begriff der *Übergangs- oder Großen Krise* bezieht sich also ausdrücklich nicht auf gesetzmäßige Widersprüche an der ökonomischen Basis, sondern auf Legitimationsprobleme im politischen Überbau [6]. Die gegenwärtige Krise aber aus dem Überbau heraus zu erklären, hat fatale politische Folgen. Denn dann läge ihre Lösung in einer bloßen Umgestaltung des Überbaus, in einem „Politikwechsel“, der Bildung einer „Linksregierung“,

der „sozialen“ Transformation der EU usw. Damit werden die eigentlichen Ursachen der Krise, die Widersprüche in der kapitalistischen Produktion und Zirkulation in den Hintergrund verbannt und die Lösung der Krise – Revolution – ausgeblendet. Im Zentrum des Kampfes steht dann nicht mehr die Abschaffung des Kapitalismus, sondern die Abschaffung des neoliberalen Überbaus. Doch mit dessen Abschaffung (und der Etablierung eines neuen, bürgerlichen Überbaus) ist die Krise nicht gelöst; vielmehr wird lediglich die nächste Krise vorbereitet.

Die Autoren des isw verwenden Begriffe, die nicht dem Marxismus-Leninismus entspringen, ohne zu sagen, warum sie diese für falsch halten bzw. warum sie eine andere Begrifflichkeit wählen. Anstatt uns an ihre substanzlose Floskel zu klammern, sollten wir die Krise besser auf der wissenschaftlichen Grundlage der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus erforschen.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] <http://www.dkp-online.de/Parteitage/19pt/>
- [2] MEW 23: 476
- [3] MEW 24: 186
- [4] Referat für das Seminar „Die marxistische Krisentheorie und die gegenwärtige Finanzkrise im Kapitalismus“, Karl-Liebknecht-Schule der DKP, 11./12. Februar 2012 – „Organische Krise (Übergangskrise, Transformationskrise, Große Krise)“, Leo Mayer
- [5] Gramsci: Gefängnishefte Bd.7, S. 1577
- [6] Der Neoliberalismus ist eine politische Ideologie, d. h. dem Überbau zuzurechnen, nicht der Basis. Völlig richtig heißt es im Parteiprogramm: „Der Neoliberalismus ist die Ideologie und Politik, mit der die Umwälzung der Arbeits- und Lebensweise, der Produktionsverhältnisse vorangetrieben wird, um diese dem neuen Stand der Produktivkräfte unter kapitalistischen Bedingungen anzupassen und dem Kapital verbesserte Verwertungsbedingungen zu verschaffen“. (Seite 12)



Anmerkung der Redaktion

GROSSE KRISE ODER ALLGEMEINE KRISE DES KAPITALISMUS?

Die Frage der Begrifflichkeit und die Bedeutung der richtigen ökonomischen Analyse ist nicht akademisch, stellten wir im Juli 2010 fest (T&P 21). Mit der Übernahme der Begriffe *Globalisierung* und *Transnationale Konzerne* verschwand z. B. der präzise Begriff *Imperialismus*. Er wurde zum *transnationalen neoliberalen Kapital*. Heute sehen wir, dass diese Analyse theoretisch falsch und von den Fakten widerlegt ist: Der deutsche Imperialismus dominiert die EU und setzt ungeniert seine Interessen durch.

Inzwischen wurde der Begriff der *Großen oder Übergangskrise* kreierte und der Partei vorgesetzt. Die Urheber des Begriffs stellen damit die Wirtschafts- und die ökologische Krise, die Krise der Demokratie und die Energiekrise usw. einfach nebeneinander, ohne die gemeinsame Ursache zu benennen. Sie übernehmen dies aus der bürgerlichen

Soziologie, statt auf der Grundlage der Theorie des Marxismus-Leninismus zu arbeiten.

Die Theorie der *allgemeinen Krise des Kapitalismus*, die davon ausgeht, dass es nicht bloß eine zyklische und eine Finanzkrise gibt, sondern dass die Krise die ganze Gesellschaft erfasst, wurde zuletzt in den 1960er Jahren bearbeitet und dann nicht mehr weiterentwickelt. Der Mangel einer Wirtschaftsgruppe der Partei tritt hier schmerzlich zutage. (Und so konnte das isw erfolgreich in diese Lücke stoßen). Für Leo Mayer ist der Begriff der *allgemeinen Krise* seit der Niederlage des Sozialismus obsolet geworden. Gegen diese Auffassung begründet Hans-Peter Brenner in der *jungen Welt*, warum er ihn weiterhin für sinnvoll hält [1]. Wir zitieren im Folgenden aus einem Artikel von Andreas Wehr [2], der ebenfalls die Behauptung zurückweist, nach der Niederlage des

Sozialismus sei der Begriff nicht mehr brauchbar.

„(...) Fast gleichzeitig mit der Herausbildung des Imperialismus betritt auch seine bestimmte Negation die Welt: „Der notwendig gewordene qualitative Übergang zu sozialistischen Produktionsverhältnissen wurde politisch-realistisch mit der Oktoberrevolution eingeleitet“ [3]. Aufgrund dieser Durchbrechung des imperialistischen Welt-systems wurde davon gesprochen, dass sich der Kapitalismus in seiner *allgemeinen Krise* befinde.

Heute, nach dem Scheitern des europäischen Sozialismus, müssen wir uns mit der Frage befassen, ob weiterhin von einer *allgemeinen Krise des Kapitalismus* gesprochen werden kann. Mit Sicherheit kann gesagt werden, dass keine Gesetzmäßigkeit existiert, aus der sich der Übergang von Imperia-



lismus in Sozialismus ergibt. Die Geschichte hat vielmehr gezeigt, dass der Imperialismus noch über erhebliche Potenziale verfügt, die es ihm ermöglichen, Ausbrüche aus dem imperialistischen Weltsystem wieder rückgängig zu machen. Doch noch immer bekennt sich eine Reihe von Staaten zum sozialistischen Weg. Darunter ist China, das in absehbarer Zeit die stärkste ökonomische Macht der Erde sein wird. Von seinem weiteren Weg wird die Zukunft des Sozialismus im 21. Jahrhundert abhängen.

Von einer *allgemeinen Krise des Kapitalismus* kann aber weiterhin in dem Sinne gesprochen werden, dass der Imperialismus „Kapitalexport – und Ausdehnungsdrang über die Erdkugel hin und Reaktion, Antidemokratismus, Aufklärungs- und Liberalismuswider-

ruf nach innen in untrennbarer Einheit“ ist [4]. Wir leben weiterhin im Zeitalter der „Zerstörung der Vernunft“ (Georg Lukács). Über einen solchen, auch die kulturellen Äußerungen einschließenden Imperialismusbegriff verfügte Peter Hacks. Heute untersucht Thomas Metscher die gegenwärtige Kunstproduktion im Zusammenhang mit der imperialistischen Epoche [5]. Es gilt: „Die bürgerliche Gesellschaft zerbricht und fällt zurück, wenn sie ihre zivilisatorische Entwicklung nicht weitertreibt. Die Zeit der dialektischen Dynamik von Imperialismus und Sozialismus ist die Zeit einer weltgeschichtlichen Krise, in der über den Fortgang der Geschichte entschieden wird“ [6]. Es ist daher angebracht, an einem die gesamte Gesellschaft umfassenden „Epochenbegriff Imperialismus“ festzuhalten.“

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Hans-Peter Brenner, Ära des Übergangs, Zur These von der „allgemeinen Krise“ des Kapitalismus, in: junge Welt, 20.1.2011
- [2] Andreas Wehr, Symposium: Kapitalismus in der Krise – Eine Bestandsaufnahme (Hamburg, 17. November 2012)
- [3] Wolf-Dieter Gudopp, Der Imperialismus und „die Periode der Weltkriege“, in: Marxistische Blätter 3-97, S. 67
- [4] Reinhard Opitz, Faschismus und Neofaschismus, Bonn 1996, S. 16
- [5] Vgl. Thomas Metscher, Imperialismus und Moderne. Zu den Bedingungen gegenwärtiger Kunstproduktion, Essen, o. A.
- [6] Wolf-Dieter Gudopp, Der Imperialismus und „die Periode der Weltkriege“, a. a. O., S. 69



Udo Paulus

PHRASEN UND TATSACHEN

Der Widerstand des griechischen Volkes nahm nach der „Sommerpause“ im Oktober/November wieder deutlich an Dynamik zu. An drei Generalstreiks war ich beteiligt und konnte ganz konkret die Formierung der Widerstandskräfte beobachten. Ohne den Druck der klassenbewussten Gewerkschaftsfront PAME hätte die korrupte Dachgewerkschaftsführung kaum einen der Generalstreiks ausgerufen. Sie tut es, um den Widerstand zu kanalisieren, während unsere Genossinnen und Genossen mit jeder neuen Streikaktion die Klassenfrage in den Mittelpunkt der Bewegung rücken.

24 Prozent Arbeitslosigkeit, mehr als die Hälfte der Jugendlichen ohne Berufs- und Ausbildungsperspektive, sechs von zehn Griechen haben keine Gesundheitsversorgung mehr, die einfachen Bauern ersticken unter einem Schuldenberg. Sie alle schufteten wie die Berserker, viele von ihnen in diesen Tagen für einen Hungerlohn in den Olivenhainen. Ihre erarbeiteten Werte fließen als Profit in die Taschen der internationalen und nationalen Großbourgeoisie, ihnen selbst bleibt zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben.

Dieses Klassenkampfverhältnis immer mehr Griechinnen und Griechen bewusst zu machen, das ist das Ziel des klassenbewussten Teils des Widerstands mit der Kommunistischen Partei und der PAME an der Spitze. Dazu hat die KKE ein umfangreiches Reformprogramm entwickelt, das die ersatzlose Streichung der Schulden, die Entfaltung des nationalen ökonomischen und sozialen Kräftepotenzials und gleichberechtigte internationale Beziehungen beinhaltet.

Klassenkampf ohne Illusionen führen

Im Gegensatz zu allen anderen Parteien (u. a. auch zur griechischen Linkspartei SYRIZA) wecken unsere Genossinnen und Genossen keinerlei Illusionen, eine Reformalternative sei innerhalb der bestehenden nationalen und internationalen gesellschaftspolitischen Systematik machbar. Aleka Papariga nennt tagaus tagein, im Gegensatz zu Alexis Tsipras – dieser Lichtgestalt der neuen Sozialdemokratie – die Barrieren, die wirkliche Reformen verhindern: die EU- und NATO-Verträge. SYRIZA, die mutmaßlich die nächste griechische Regierung

stellen wird, verspricht innerhalb der EU und der NATO eine Schuldenneueverhandlung, den ökonomischen Aufbruch und soziale Reformen im Interesse des griechischen Volkes durchzusetzen. Die KKE bezeichnet das als sozialdemokratische Reformversprechen, als pure Illusion, die im Bewusstsein der betroffenen Menschen nur Verwirrung stiften kann. Daran kann sich eine kommunistische Partei nicht beteiligen, will sie ihre marxistisch-leninistischen Klassenprinzipien nicht aufgeben.

Sie ruft im Gegensatz zu einer Krisenverwaltungsregierung zum Austritt aus EU, NATO und Frontex auf. Sie kämpft um eine wirkliche Einheit der Volkskräfte: Arbeiterinnen und Arbeiter, Bauern, kleine Gewerbetreibende und Auszubildende, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner schließen sich ohne Ansehen der weltanschaulichen und politischen Herkunft in Aktionseinheit zusammen, entwickeln entschiedene Klassensolidarität und bereiten entschlossen mit Streiks, Blockaden, Besetzungen den Aufstand vor – in den Betrieben, in den Schulen und Hochschulen, in den Verwaltungen, auf den Plätzen und in den Dörfern.

Im Streik entsteht Aktionseinheit

Zwei Beispiele aus meinem eigenen politischen Erfahrungshorizont mögen exemplarisch für viele andere stehen:

1. Acht Monate haben die Stahlarbeiter von Aspropyrgos gegen Arbeitsplatzabbau und Lohndumping gestreikt. Gegen die staatsmonopolistische Front des Kapitals in Gestalt des Industriellen Manesis und der griechischen Staats- und Regierungseliten haben sie einen heroischen Kampf geführt. Konsequenterweise an der Seite der Betroffenen stand nur die PAME. Ohne ihre organisationspolitische Unterstützung und die Entwicklung einer beispielhaften Solidarität hätte der Streik nicht stattfinden können. Alle anderen Gewerkschaftsfractionen traten entweder als Organisatoren für den Streikbruch auf oder enthielten sich wie SYRIZA. Die Stahlarbeiter mussten Anfang Juli ihren Streik beenden. Erhobenen Hauptes haben sie die Arbeit wieder aufgenommen. „Vorher kannten wir uns nicht, außer als Konkurrenten der Arbeit. Jetzt sind wir eine solidarische Kampfgemeinschaft“, so resümierte ein Stahlarbeiter nach dem Ende des aktiven Streiks.
2. Generalstreik am 18.10.2012 – Griechenland erlebte die größte Massenmobilisierung seit Ende des Junta-Faschismus. Die PAME organisierte mit zahlreichen Basisgewerkschaften, der Bauergewerkschaft PASY, der Gewerkschaft der kleinen Gewerbetreibenden PASEBE, mit Studentinnen- und Schülerinnenorganisationen riesige Streikdemonstrationen im ganzen Land. Parallel fanden in allen Orten die Kundgebungen und Demonstrationen der Autonomen und SYRIZA statt. Ihre Demonstrati-

onen endeten in aller Regel auf dem Platz, den die Dachgewerkschaften als ihren Kundgebungsplatz gewählt hatten. Dort standen sie dann aufgereiht, die Damen und Herren Bürgermeister, die Kommunalbeamten und forderten eine faire und gerechte Behandlung in der Schuldenfrage, auf Kommunal- und Bezirksebene selbst Täter der Privatisierungs- und Sozialabbaupolitik. Nur auf den Kundgebungen der PAME wurden die wirklichen Täter der Ausplünderung des griechischen Volkes, das nationale und internationale Monopolkapital klassenmäßig benannt. Deutsche Bank, Siemens, RWE oder Telekom sind ganz vorne dabei.

Solidarität und Widerstand dialektisch verbunden im Klassenkampf

Vor wenigen Tagen hat die Linkspartei gemeinsam mit SYRIZA ein Spendenkonto zur Griechenlandhilfe eingerichtet. Unterstützt werden sollen Selbsthilfeprojekte, die von SYRIZA gewertet werden, als seien sie die Gesellschaft von morgen. Die Griechen sind Meister der Selbstversorgung. Überall kann man beobachten, wie die alten Selbsthilfestrukturen auf Gegenseitigkeit aktiviert werden. Sie als Krisenlösungsmodelle zu propagieren, sät jedoch ebenfalls Illusionen. Als könne Griechenland sich ohne Systembruch aus der Plünderungsfalle der Monopole befreien. Hilfe auf Gegenseitigkeit muss eingebettet sein in eine große Solidaritätsbewegung des einfachen griechischen Volkes, sich aus den Fesseln des Kapitals zu befreien. Sie muss eingebettet sein in die entstehenden Volkskomitees (vgl. UZ, 21.12.2012, S. 7) in den Kommunen, die parallel zum entschlossenen Widerstandskampf Hilfe organisieren, die unmittelbare mate-

rielle Solidarität. „Wir schauen genau hin, wer in unserer Umgebung in materielle Not geraten ist. Wir sammeln Güter des täglichen Bedarfs unter uns, in unserer Umgebung bei Bauern, in Geschäften. Auch Geldspenden. Keine und keiner darf in unserer Umgebung mit seiner Not allein gelassen werden.“ So ihre Devise. Sie stellen Kontrollgruppen zusammen, die in die Verwaltungen der Energiezentralen gehen, um zu verhindern, dass Menschen der Strom abgeschaltet wird, die ihre Rechnung nicht bezahlen können. Da kann es dann auch mal laut und stürmisch zur Sache gehen.

Reform als Mittel – Umsturz der Zweck

Aus all dem Gesagten möchte ich deutlich machen, dass es für uns deutsche Kommunistinnen und Kommunisten keinerlei Grund gibt, unsere unverbrüchliche Solidarität mit unseren griechischen Genossinnen und Genossen in Frage zu stellen. Dass Michael Marcks als Verantwortlicher für unsere Internetplattform www.kommunisten.de die reformistische SYRIZA hofiert, ist für mich aus den alltäglichen Erfahrungen des Widerstands völlig unverständlich und unakzeptabel. Die KKE setzt die Maxime Rosa Luxemburgs, dass „der Kampf um die Sozialreform *das Mittel*, die soziale Umwälzung aber *der Zweck* ist“, praktisch um – da können wir für unseren Klassenkampf in Deutschland von den griechischen Genossinnen und Genossen viel lernen. Wir sollten genau hinschauen!

Redebeitrag auf der BDK der DKP Niedersachsen 8./9. Dezember 2012



REVOLUTIONEN SIND DIE LOKOMOTIVEN DER GESCHICHTE (KARL MARX)

Die Oktoberrevolution ist das wichtigste und zugleich großartigste Ereignis des 20. Jahrhunderts. Sie hat die Welt nachhaltig verändert und eine neue Epoche der Weltgeschichte eingeleitet, die vom Kampf zwischen dem kapitalistischen und einem neuen Gesellschaftssystem, dem sozialistischen, bestimmt ist. Sie hat zu einer neuen Form der Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums, zu einer Veränderung der Produktionsverhältnisse geführt, die eine weltweite Wirkung auslöste. Diese Epoche dauert immer noch an – die Niederlage bedeutet kein generelles Scheitern, wie es die reaktionären Kräfte behaupten und sich wünschen. Das Bemerkenswerte ist nicht die Niederlage des Sozialismus, sondern dass er dem Imperialismus 70 Jahre widerstanden hat.

Das Wissen, es gibt eine Alternative, wir können auch ohne die Kapitalisten, es gibt einen Ausweg aus Krise und Krieg – das hat die Bolschewiki in ihrem heldenhaften Kampf beflügelt und große Teile des russischen Proletariats und der Bauernschaft mitgerissen und sie zu ungeahnten Leistungen gebracht. Das Beispiel der Sowjetunion wurde zu einer großen Hoffnung für die unterdrückten Völker der Welt. Das kann auch durch die Niederlage des Sozialismus nicht mehr aus der Welt geschafft werden. Daher kommt auch noch heute, über zwanzig Jahre nach ihrem Untergang, der Hass auf die Sowjetunion! Die Bourgeoisie fürchtet die Erinnerung an den Sozialismus nach wie vor und versucht, ihn mit allen Mitteln zu diskreditieren.

Denn mit der Sowjetmacht fand in Russland eine bisher beispiellose Entwicklung von Industrie und Kultur statt, die auch im alltäglichen Leben der Menschen gewaltige, positive Auswirkungen hatte. Wofür der Kapitalismus 500 Jahre gebraucht hatte, wurde unter sozialistischer Führung in wenigen Jahrzehnten erreicht.

Das Beispiel der Sowjetunion führte zu Befreiungskämpfen der vom Imperialismus unterdrückten Völker und leitete die Entkolonialisierung ein. In China, Vietnam, Korea und Kuba begann nach dem Befreiungskampf der Aufbau des Sozialismus, in Osteuropa wurde mit dem Siegeszug der Roten Armee ebenfalls das Tor zum Sozialismus geöffnet.

In den kapitalistischen Staaten wurde das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit deutlich verbessert. Ich nenne nur zwei Beispiele dazu: der *New Deal* in den USA als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise konnte im Hinblick auf die Oktoberrevolution durchgesetzt werden. Besonders profitiert hat die Arbeiterklasse in Westdeutschland von der Existenz der sozialistischen Staaten, weil die DDR als dritter Verhandlungspartner am Tisch die Gewerkschaften stärkte. So lange das sozialistische Lager existierte, wurden die zerstörerischen, menschenverachtenden Kräfte des Imperialismus gebremst.

Was ist davon geblieben?

In Russland wurde der Kapitalismus restauriert, die Sowjetunion zerbrach in viele Teilrepubliken. Die VR China konnte zwar ihren sozialistischen Charakter bisher bewahren, der Versuch, mithilfe kapitalistischer Konzerne die Entwicklung der Produktivkräfte voranzutreiben, ist jedoch eine Gratwanderung. Vietnam bekennt sich heute ebenfalls zur so genannten sozialistischen Marktwirtschaft – ein Widerspruch in sich – und auch Kuba muss den privaten Sektor wieder ausweiten. Nord-Korea kämpft ums Überleben.

Der Kolonialismus ist trotz formaler nationaler Unabhängigkeit zurückgekehrt – ganz verschwunden war er nie – der Druck international agierender Konzerne wächst und Regierungen, die nicht nach der Pfeife des Imperialismus tanzen, werden mit Krieg überzogen.

Sind wir einmal also geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen. (Friedrich Engels, 1848)

Die Oktoberrevolution brach das schwächste Glied aus der Kette des Imperialismus heraus, ganz gegen die Annahme von Marx und Engels. Alle Revolutionen des 20. Jahrhunderts wurden in Ländern durchgeführt, in denen die Arbeiterklasse noch schwach entwickelt war, zum Teil noch feudalistische Strukturen herrschten und die Bauern die große Mehrheit der Bevölkerung ausmachten. In den imperialistischen Ländern blieb die Revolution aus oder erlitt eine Niederlage, anders, als es die Bolschewiki erhofft und erwartet hatten. Die lange Isolierung der Sowjetunion war eine der Ursachen für ihre Stagnation.

Das 20. Jahrhundert war aber auch das Jahrhundert des Faschismus, der zur tödlichen Gefahr für den Sozialismus wurde und die Sowjetunion um Jahrzehnte zurückwarf. Dass der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus mit einer vorläufigen Niederlage des Sozialismus endete, ist auch eine Folge des faschistischen Überfalls.

Die schmerzliche Lehre von 1989 heißt, dass der Sozialismus nicht unumkehrbar ist, dass der Klassenkampf auch im Sozialismus weitergeht – die Revolution ist nur der Beginn eines langen revolutionären Prozesses. Und dieser Prozess fand ja nicht geschützt wie unter einer Käseglocke statt, sondern immer unter scharfen Angriffen von außen, die wiederum den Klassenkampf im Innern anheizten.

Der Sozialismus ist eine Übergangsgesellschaft, behaftet mit den Muttermalen der alten Gesellschaft. Teile der Arbeiterklasse zeigen lange noch ein Lohnarbeiterverhalten, weshalb Lenin die freiwillige Arbeit für das Gemeinwohl, die Subbotniks, als ersten Schritt zur praktischen Verwirklichung des

Kommunismus bezeichnete. Es wird Generationen dauern, bis die bürgerliche Ideologie in den Köpfen beseitigt ist. Sozialismus war und ist deshalb mit vielen Fehlern und Irrwegen, selbst mit Verbrechen behaftet.

Wie gehen wir damit um? Für die Nachgeborenen ist eine moralische Verurteilung billig. Außerdem nützt sie wenig, wie die Linkspartei erfahren musste. Die Reaktion wird uns trotz aller Distanzierungen Fehler immer vorhalten. Wir müssen für die Geschichte der kommunistischen Bewegung einstehen – sie bleibt *unsere* Geschichte. Stattdessen sollten wir eine Analyse machen: Wieso ist die Geschichte so verlaufen, was waren die gesellschaftlichen Bedingungen, hätte es Alternativen gegeben? Brecht drückte die Alternative, vor der die Revolutionäre standen, so aus: „Ja, aber in diesem Kampf gibt es nur blutbefleckte oder abgeschlagene Hände.“ [1]

Wir dürfen uns unsere Geschichte nicht nehmen lassen. Die, die uns angreifen, haben am allerwenigsten das Recht dazu, angesichts der blutigen Geschichte des Kapitalismus bis heute. Es gilt, die Errungenschaften des Sozialismus selbstbewusst zu vertreten, die Widersprüche unserer Geschichte auszuhalten, das Heldenhafte genauso wie Irrtümer, Verrat und Verbrechen. Ohne Schönfärberei, aber auch nicht im Büßergewand.

Und heute? Was ist zu tun?

Erneut steht die Alternative Sozialismus oder Barbarei: die Gefahr von Faschismus und Krieg ist für den Imperialismus wieder eine Option, beschleunigt von der tiefgehenden Krise des Kapitalismus. Sogar ein Krieg der Großmächte untereinander ist nicht mehr ausgeschlossen, so sehen es die Herrschenden selbst [2]. Das Kapital ist angeschlagen, aber eben deshalb besonders aggressiv. Es führt Krieg nach außen und nach innen.

Die Frage, ob die Dominanz des Kapitals zu durchbrechen ist oder nicht, ist akademisch – das Proletariat hat keine andere Wahl. Objektiv sind die Verhältnisse längst reif für die Revolution, sie sind überreif, sie zeigen Prozesse der Dekadenz und Fäulnis. Ein Gesellschaftssystem, das dauerhaft nicht mehr

in der Lage ist, die Masse seiner Lohnsklaven auszubeuten und zu ernähren, obwohl diese dafür Schlange stehen, so ein System ist objektiv am Ende. Die Fäulnis offenbart sich dadurch, dass maximal noch zehn Prozent der Profite wieder reinvestiert werden, der Rest geht in die Spekulation. Die Fäulnis offenbart sich weiter dadurch, dass ganze Länder deindustrialisiert werden und ihre Landwirtschaft in den Bankrott getrieben wird.

Unser Problem ist der subjektive Faktor: Wie ist die Arbeiterklasse, die nach wie vor die Hauptkraft eines revolutionären Prozesses sein muss, zu mobilisieren? Das ist die wichtigste Aufgabe der Kommunisten heute. Solange die vorherrschende sozialpartnerschaftliche Haltung, die den deutschen Imperialismus stützt, nicht überwunden wird, brauchen wir von einem neuen Anlauf für den Sozialismus gar nicht zu reden. Doch beides gehört zusammen – es ist gerade die Perspektivlosigkeit, das fehlende Ziel einer anderen Gesellschaft, das auch im Tageskampf zu Co-Management und Standortpolitik, zur Klassenzusammenarbeit führt und uns damit zu Verlierern macht.

Nur im Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse können wir die Fortgeschrittensten von ihr für den revolutionären Kampf gewinnen, bei ihnen wieder Vertrauen auf die eigene Stärke wecken und den Willen, die Bourgeoisie zum Teufel zu jagen. Eine vage antikapitalistische Stimmung und eine wachsende Unzufriedenheit mit der herrschenden Klasse reichen da nicht aus, denn diese können auch zur Stärkung der faschistischen Kräfte umfunktioniert werden.

Die Hauptbedingung für eine Bewusstseinsänderung der Arbeiterklasse ist eine starke revolutionäre Partei. Noch haben wir sie nicht. Die linken Kräfte sind zersplittert, und wie wir sie zusammenführen können, ist ein eigenes Thema.

Entscheidend wird sein, ob wir die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen die Offensive des Monopolkapitals, gegen den Krieg und die faschistische Gefahr herstellen können. Nur dann werden wir wieder in die Offensive kommen können. Wir haben dazu die

Theorie des Marxismus-Leninismus, die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung und das Vorbild vieler kämpfender Kommunisten. Wie wir die marxistische Theorie in Agitation und Propaganda, in die Praxis des Tageskampfes unter den Gesichtspunkten einer langfristigen Strategie umsetzen, das wird über die Zukunft der Kommunistischen Partei hier in Deutschland entscheiden und damit eine wesentliche Voraussetzung für einen erneuten Anlauf für den Sozialismus sein.

Dieser Beitrag wurde auf der Veranstaltung zum 95. Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 in Russland am 17. November 2012 in Bremen vorgetragen.

Anmerkungen:

- [1] Bertolt Brecht legt diesen Satz in dem Stück „Die Tage der Commune“ einem Kommunarden in den Mund.
- [2] Angela Merkel in ihrer Erklärung vor dem Deutschen Bundestag zum EU-Sondergipfel am 26. November 2011: „Niemand sollte glauben, dass ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht. Deshalb sage ich: Scheitert der Euro, dann scheitert Europa. Das darf nicht passieren.“



MEINUNGSFREIHEIT IN DDR UND BRD

Der Begriff der Meinungsfreiheit ist vom Grundbegriff der Freiheit gem. Art. 2 GG abgeleitet, wie auch die Vereinigungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und andere als politische und Bürgerrechte bekannte Grundrechte. Dieses Freiheitsrecht wird im Grundgesetz und in der DDR-Verfassung ganz ähnlich definiert, z. T. herrscht sogar wörtliche Übereinstimmung.

Das Grundgesetz bringt die überkommene Vorstellung von Freiheit am unmittelbarsten zum Ausdruck. Dort ist das Hauptgrundrecht der Freiheit im Art. 2 unter der Überschrift „Allgemeine Freiheitsrechte“ verankert. Es bringt das ideelle, ideologische Grundkonzept jener Gesellschaft zum Ausdruck, für die das Grundgesetz ausgearbeitet wurde und die sich im Art. 21 Abs. 2 GG als freiheitlich-demokratische Grundordnung definiert.

Freiheit für wen und was?

Freiheit sei das allerwichtigste – die tonangebenden Politiker und die Medien werden nicht müde, dies zu wiederholen und transportieren diese Vorstellung in die Köpfe der Bürger. Was für eine Freiheit, für wen, wer profitiert von ihr – das bleibt im Dunkeln. Freiheit wovon und von wem?

Wo immer Menschen seit Jahrhunderten für Freiheit, für ihre Befreiung kämpften und starben, ging es immer um ganz konkrete Freiheiten: das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie das Recht auf persönliche Freiheit. Diese Rechte sah auch die DDR-Verfassung vor. In diesen Freiheitskämpfen – und nicht nur im harmlosen Alltag – spielte und spielt die Meinungsfreiheit, die Freiheit sich zu artikulieren, auszusprechen für wen, für was und gegen wen um die Freiheit gekämpft wird, eine sehr große Rolle.

Ebensovage ist der Begriff der freien Entfaltung der Persönlichkeit. Er überlässt es der Wissenschaft und vor allem der Rechtsprechung zu bestimmen, inwieweit im Einzelfall dieses Grundrecht verletzt wurde oder nicht. Der konkre-

te Inhalt und seine Reichweite bleiben offen. Somit wird derjenige, der die Rechte anderer verletzt und sich schon im Voraus durch einen Anwalt beraten ließ, in seinem Verhalten bestärkt. Der „Robuste“, der mit den kräftigeren Eltenbogen, setzt sich durch!

Rechte zu haben, ist eines, Rechte in Anspruch zu nehmen, sie praktisch nutzen zu können, ist etwas ganz anderes. Schon die Ausübung des allgemeinen Freiheitsrechts ist vor allem durch wirtschaftliche Voraussetzungen bedingt und setzt für ihre praktische Nutzung objektive Grenzen. Diese Grenzen sind bei der Meinungsfreiheit noch enger: sie besteht vor allem für den, der die praktische Möglichkeit hat, die Freiheit in Anspruch zu nehmen, Meinungen zu verbreiten. Überflüssig zu sagen, dass es dabei nicht um die freie Meinungsäußerung in der Familie, im Bekanntenkreis, auf der Straße oder im Gasthaus geht. Derartige Meinungsäußerungen sind gesellschaftspolitisch und verfassungsrechtlich uninteressant.

Grenzen der Freiheit

Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit hat – ähnlich wie auch das Freiheitsrecht des Art. 2 GG – juristische Grenzen, die Vorschriften der allgemeinen Gesetze, namentlich die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und die zum Schutze der persönlichen Ehre. Das Ausprobieren der Grenzen dieser Freiheit ist ein begehrter (nicht selten auch einträglicher) Schauplatz juristischer Auseinandersetzungen, besonders im Bereich der Medien.

In der DDR hatten die Grundrechte der Bürger einen ganz anderen Inhalt; sie folgten anderen Vorstellungen und Konzeptionen als die Bestimmungen des Grundgesetzes. Sie waren in der DDR klar und eindeutig bestimmt: So waren nach Art. 8 der Verfassung „die allgemein anerkannten, dem Frieden und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker dienenden Regeln des Völkerrechts für die Staatsmacht und jeden Bürger verbindlich“. Insbesondere Eroberungskriege und militärische Ein-

sätze gegen die Freiheit eines anderen Volkes waren absolut unzulässig. Auch militaristische und revanchistische Propaganda, Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhass waren als Verbrechen unter Strafe gestellt.

Dies hat Bertolt Brecht in einem offenen Brief an die deutschen Künstler und Schriftsteller vom 26. September 1951 unnachahmlich formuliert: Völlige Freiheit des Buches, des Theaters, der bildenden Kunst, der Musik und des Films – jeweils mit einer Einschränkung: Keine Freiheit für Schriften und Kunstwerke, welche den Krieg verherrlichen oder als unvermeidbar hinstellen, und für solche, welche den Völkerhass fördern.

In der Verfassung der DDR waren im Gegensatz zum Grundgesetz nicht nur Rechte festgelegt, sondern auch Pflichten: für die staatlichen Behörden, aber auch für die Bürger. Eine Rechtsordnung, die im Grundrechtsteil (außer der später eingefügten „Wehrpflicht“) nur Rechte benennt und keine Pflichten, ist unnatürlich, unreal, trügerisch oder gar verlogen. Ohne entsprechende Rechte und Pflichten kann keine menschliche Gesellschaft existieren. Auch die Weimarer Verfassung enthielt – bei allen sonstigen Mängeln – „Grundrechte **und** Grundpflichten“ der Einzelperson. In der BRD regelt nicht das GG, sondern das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) die Rechtsverhältnisse der Bürger und hält dazu durchgängig wechselseitige Rechte und Pflichten fest.

Meinungsfreiheit im Betrieb

Interessant ist, wie es mit der Meinungsfreiheit im Betrieb, in der Fabrik bestellt ist, ob dort Kritik an der Leitung des Werkes, am Unternehmer, erlaubt ist, also unter die Meinungsfreiheit fällt.

DDR-Bürger waren es gewohnt, ohne Nachteile zu befürchten, öffentlich, in Belegschafts-, Gewerkschafts- oder Parteiversammlungen an der Betriebsleitung oder an sonstigen Vorgesetzten Kritik zu üben. Die Diskussion von Problemen in den Betriebspartei-

organisationen der SED war von größter Bedeutung! Sehr schnell mussten die DDR-Bürger lernen, dass solches in der kapitalistischen BRD gefährlich werden kann, dass auf Kritik am Management oder an einzelnen Personen der Geschäftsleitung die Kündigung droht. Das ist im BRD-Arbeitsrecht rechtens, weil der „Arbeitgeber“ darin einen Vertrauensbruch sehen darf!

Durch solche praktischen Erfahrungen begriffen die DDR-Bürger sehr schnell den wesentlichen Unterschied der Meinungsfreiheit in der BRD und in der DDR. Die Verfassung der DDR verbot ausdrücklich Nachteile für Werktätige wegen ihrer Meinungsäußerung: „Dieses Recht“ – das der Meinungsfreiheit – „wird durch kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis beschränkt. Niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.“

Für die DDR war gemäß ihrem politischen Grundkonzept, besonders der umfassenden politischen Beteiligung der Bürger am Staatswesen, die Meinungsfreiheit in den Volksvertretungen, im Betrieb und im Wohngebiet, nicht zuletzt in den Medien, außerordentlich wichtig. Ohne solche breite allgemeine Meinungsäußerung konnte eine basisdemokratische (nicht nur „repräsentativ-demokratische“) Gesellschaft nicht

leben. Eine solche Gesellschaft brauchte die freie Meinungsäußerung ihrer Bürger wie die Luft zum Atmen, besonders deren Kritik.

Das Spektrum der Meinungsäußerungen, auch von kritischen, war enorm, und das auf jeder Ebene der politischen Organe, im Wohngebiet, in den Abteilungen der Volkseigenen Betriebe oder in den gesellschaftlichen Organisationen. Eine besonders wichtige Form bestand in Eingaben aller Art. Die DDR-Bürger nutzten die Möglichkeiten, ihre Meinung und Kritik vorzutragen in weitestem Umfang.

Eigentumsverhältnisse entscheidend

Art und Charakter eines politischen Herrschaftssystems hängen von den jeweils maßgeblichen Eigentumsverhältnissen ab. In der BRD hat sich das Kapital, insbesondere das Monopolkapital, den Staatsapparat weitgehend untergeordnet, so dass seine Herrschaft als Herrschaft politischer Institutionen – Regierung, Bundestag, politische Parteien usw. – erscheint. Daher sieht es so aus, als ginge es bei Bundestagswahlen „um die Macht“ im Staate! Die Medien in der BRD, seien sie im Privatbesitz oder im Besitz des Staates, sind dem entsprechend ausgerichtet.

In der sozialistischen DDR herrschte ökonomisch das Volkseigentum. Alle politischen Institutionen – Parteien, Volkskammer und Regierung – waren nur „Verwalter“ dieses Eigentums des Volkes. Wie überall führt der „Verwalter“ die Geschäfte – gut oder weniger gut oder sogar schlecht. In der Öffentlichkeit erschien dieser „Verwalter“ als Inhaber der Macht.

Die DDR stellte gemäß ihres basisdemokratischen Grundkonzepts und ihrer Verfassung den Bürgern, vor allem den Werktätigen, die materiellen Möglichkeiten für die Äußerung und Verbreitung ihrer Meinung zur Verfügung: Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen, Versammlungsräume usw. Wie die jeweils Verantwortlichen mit den ihnen zugegangenen Meinungsäußerungen der Bürger umgingen, war eine Frage ihrer Verantwortung und ihres Geschicks – und der Reaktion der Bürger selbst auf diesen Umgang sowie der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung.

** Der Autor war Professor für Strafrecht an der Humboldt Universität in Berlin*



INTERVIEW

Interview mit Klaus Steiniger

GAB ES IN DER DDR MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT?

T&P: Am 30. September 1994 gewährte Raúl Castro, damals Minister der Revolutionären Streitkräfte Kubas, dem Parteiorgan „Granma“ ein Interview, das wegen seiner selbstkritischen Offenheit großes Aufsehen erregte. Aussagen darüber, dass Lobhudeiler, Phrasendrescher, Geheimniskrämer, Lügner und Hohlköpfe in führenden Positionen gefährlicher als CIA-Agenten seien, waren bis dahin nicht üblich.

Der Blogger Esteban Morales beschäftigte sich kürzlich mit einigen Herausforderungen für die kubanische Presse. Sie sei langweilig, fade, schematisch, „kein wirksames Instrument der Kritik, keine Stütze bei der Perfektionierung unserer Wirtschaft und beim Wandel unserer Mentalität, wie es die Führung unseres Landes wünscht“, schrieb er. Die Bevölkerung sei es leid, Zeitungen zu lesen, die nicht die Wirklichkeit widerspiegeln.

Gab es solche Erscheinungen nicht auch in der Presse der DDR? Wurde dort nicht ebenfalls vieles schön geredet oder unter den Teppich gekehrt?

Klaus Steiniger: Zunächst ein Wort zu meiner Berechtigung und Kompetenz, mich zu dieser Thematik gewissermaßen als Insider zu äußern. Nach Abitur, Jura-Studium, Tätigkeit in der Rechtspflege und im Außenministerium, als



dessen Mitarbeiter ich an der Diplomatenhochschule der DDR promovieren konnte, war ich rund 25 Jahre Redakteur des „Neuen Deutschland“. Das Organ der SED galt bei einer Auflage von 1,3 Millionen Exemplaren als führende Tageszeitung der DDR. In der außenpolitischen Redaktion war ich – abgesehen von Einsätzen als Sonder- und Auslandskorrespondent – Leiter der Sektion Kapitalistische Länder.

Zur Sache: In der Presse wie in der Gesamtchronik der DDR, die ich ungeachtet ihrer Defizite und des keineswegs nur hausgemachten Debakels am Ende als größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung betrachte, da sie dem Kapital in einem Drittel Deutschlands für vier Jahrzehnte die politische Macht und das ausbeuterische Eigentum entzog, gab es glorreiche und auch recht triste Zeitabschnitte. In der Aufstiegsphase der DDR, die ich in etwa mit der Ära Pieck – Grotewohl – Ulbricht gleichsetzen würde, verfügten wir über eine lebhafteste, durchaus differenzierte und keineswegs unkritisch ans Werk gehende Presse. Walter Ulbricht drang geradezu darauf, eigene Mängel und Schwachstellen – natürlich unter Berücksichtigung der scharfen Klassenkonfrontation zwischen beiden deutschen Staaten und beiden Weltsystemen, die in besonderem Maße zu taktischer Vorsicht zwang – schonungslos und ohne Ansehen der Person zu benennen. Das galt sowohl für das ND, welches mit Chefredakteuren wie Hermann Axen, Georg Stibi, Rudolf Herrstadt und Rudi Singer sowie einem Stamm großartiger Journalisten (ich nenne hier nur Dr. Günter Kertzscher, Georg Hansen, Willi Köhler, Harri Czepuk und Dr. Hajo Herbell) unsere marxistisch-leninistische Weltanschauung sehr wirkungsvoll verfochten, als auch für einige Bezirkszeitungen der SED, vor allem die von Horst Sindermann geleitete Hallenser „Freiheit“.

Später setzte dann eine Phase ein, in der neben weiterhin gebotenen guten Journalismus dumpfe Langeweile und opportunistische Schönfärberei Einzug hielten, wobei echte Probleme verschwiegen oder bagatellisiert wurden. Dabei blieb die fundamentale Klassenposition zwar gewahrt, wurde aber nicht mehr überzeugend genug, mit hinreichendem Tiefgang und unter Berücksichtigung auch emotionaler Aspekte vertreten. Das geschah zu einer

Zeit, in der die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten – also im Marx'schen Sinne die Diktatur des Proletariats – immer stärker Züge einer Herrschaft von Teilen des Parteiapparats anzunehmen begann. Für diese Etappe einer gewissen Entartung steht beim ND vor allem der nicht nur unter Journalisten umstrittene Name des Chefredakteurs Joachim Herrmann, der allerdings in seinem letzten Lebensabschnitt im politischen Sinne nicht zu solcher Charakterlosigkeit verkam wie sein professionell hochbefähigter, dann aber mit fliegenden Fahnen zum Klassenfeind übergelaufener Nachfolger G. Schabowski. Bemerkenswerterweise war es dieser, der vor der Veröffentlichung von Berichten über Plenartagungen des ZK der SED eigenhändig jeden kritischen Satz herausstrich. Von ihm soll die Parole stammen: „Der Gegner kritisiert uns schon genug, wir müssen es nicht auch noch selbst tun.“

Das ND späterer DDR-Jahre betrachtete sich zwar immer noch nicht grundlos als sozialistische Tageszeitung, „verkaufte“ den Sozialismus aber über weite Strecken öde und grau, während das heute in leuchtenden Farben erscheinende ND ganz anderer Provenienz auf den Untertitel „Sozialistische Tageszeitung“ lieber verzichten sollte. Wie man sieht, macht es die Farbe allein auch nicht.

T&P: *Die Grenzen der Meinungsfreiheit in der DDR setzte die Verfassung: Militaristische und revanchistische Propaganda, Kriegshetze sowie Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhass waren verboten. Bestand in der DDR eigentlich keine Zensur zur Durchsetzung dieser Forderungen?*

Klaus Steiniger: Im formellen Sinne nicht. Doch um die Wahrheit zu sagen: Kommunistische Journalisten der DDR waren ihre eigenen Kontrolleure, da sie stets eine „Schere im Kopf“ hatten. Anders ausgedrückt: Meine etwa 2500 ND-Artikel und Tausende weitere Beiträge, die in Publikationen wie der außenpolitischen Wochenzeitung „horizont“, der Westberliner SEW-Tageszeitung „Die Wahrheit“, theoretischen Organen wie „Einheit“ und „Militärwesen“, der legendären „Weltbühne“ und sogar im leicht geschürzten „Magazin“ unter eigenem Namen oder Pseudonym erschienen, wurden niemals zensuriert.

Als sogenannter Oberstufenredakteur war ich abzeichnungsberechtigt und überdies auf meinen Sachgebieten möglicherweise auch besser im Bilde als jene, welche mich zu korrigieren gehabt hätten. Doch als disziplinierter Kommunist (Eintrittsjahr 1948, SED-Westberlin) wusste ich sehr genau, was der Sache dienlich und was ihr abträglich sein würde. Meine „Schere im Kopf“ war demnach nichts anderes als der unverzichtbare Klassenstandpunkt, von dem Medien-Mitarbeiter unseres Schlages niemals auch nur einen Millimeter abweichen sollten. Dass dabei bei mir und anderen Gleichgesinnten nicht immer gekonnter und den eigenen Funken wirksam auch auf andere übertragender guter Journalismus, sondern bisweilen auch eher hölzerne „Generallinigkeit“ herausgekommen ist, mag unbestritten sein.

T&P: *Artikel 27 der Verfassung der DDR garantierte jedem Bürger das Recht auf Meinungsfreiheit. Erich Buchholz schreibt, im Betrieb habe jeder seine Meinung frei von der Leber weg sagen können – aber durfte man auch Erich Honecker oder den eigenen Parteisekretär kritisieren?*

Klaus Steiniger: Mein alter Freund Erich Buchholz – wir kennen uns seit dem Herbst 1952 – hat völlig recht: In den Betrieben der DDR gab es eine uneingeschränkte Meinungsfreiheit, also das diametrale Gegenteil zur brutalen Gesinnungsdiktatur der Ausbeuter und ihrer Aufseher in kapitalistischen Unternehmen. Diese Freiheit, die ja einen sehr wesentlichen Teil des Lebens arbeitender Menschen betrifft, kontrastierte scharf mit dem, was bundesdeutsche Arbeiter Tag für Tag erleben. Sie war gewissermaßen das Herzstück der Meinungsfreiheit in der DDR. Bei uns ist kein Arbeiter, der unverblümt seine Meinung sagen wollte, an Herzdrücken gestorben. Und wenn er im eigenen Betrieb kein Recht bekam oder auf kritikempfindliche Leiter stieß, die seinen Standpunkt unterdrücken wollten, gab es immer genügend Möglichkeiten, sich der Hilfe anderer zu vergewissern. Man konnte sich an die Parteileitung oder an die Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) wenden, die in aller Regel dafür sorgten, dass die Bäume kritikfeindlicher Funktionäre nicht in den Himmel wuchsen.

Übrigens schrieb Rudolf Herrnstadt zu Beginn der 1950er Jahre einen damals berühmten ND-Artikel „Kollege Zschau und Kollege Brumme“, der die Unterdrückung von Kritik durch einen Landesvorsitzenden der SED zum Thema hatte und zu dessen Ablösung führte. Ohne Zweifel gab es auch in der DDR hier und dort ein gerüttelt Maß an menschlicher und auch politischer Dummheit im Reagieren auf berechnete oder über das Ziel hinausschießende Kritik, was bisweilen zu deren Unterdrückung und Etikettierung als „staatsfeindliches Handeln“ geführt hat. Dabei muss man natürlich in Rechnung stellen, dass der in der BRD regierende Klassengegner und dessen Medien den Sozialismus nicht nur verbal verächtlich machten. Konterrevolutionäre Taten wurden zu Recht unterdrückt. Dabei

galt die Devise: Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit. Immerhin haben wir uns damit NPD und NSU vier Jahrzehnte lang vom Leibe gehalten. Erst der Anschluss der DDR an die BRD bescherte uns diese Übel.

Übrigens: Wir früheren DDR-Bürger vermissen heutzutage den scharfen politischen Witz über das Führungspersonal dieses Landes. Natürlich gibt es eine Fülle gekonnter Satire-Sendungen, die auch als Ventil dienen. Aber es mangelt an der weiter erzählten Persiflage. Bei uns waren pointierte Ulbricht- und Honecker-Witze geradezu Legion. Fast jeder Dritte kannte sie. Einer hat sich mir besonders eingepägt. Er entstand kurz nach der damals gefeierten Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und den bei uns

noch völlig unbekanntem Malediven. Er ging so: Ulbricht erblickt vor dem Staatsratsgebäude morgens, mittags und abends immer denselben Wachsoldaten. Er fragt ihn, warum er denn ständig da stehe. Die Antwort lautete: „Genosse Staatsratsvorsitzender, ich stehe Strafe.“ Ulbricht fragt: „Warum?“ Der Soldat: „Weil ich nicht gewusst habe, wo die Malediven sind.“ Ulbricht: „Das ist aber sehr schlecht. Ein Soldat muss in seinem Spind Ordnung halten.“

Dr. Klaus Steiniger ist heute Chefredakteur des RotFuchs, Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland



LITERATURTIPP

Johannes Magel

ANDREAS WEHR: EU-EUROPA

Der Kölner Papyrossa Verlag hat 2012 in seiner Reihe Basiswissen Politik-Geschichte-Ökonomie einen Text von Andreas Wehr über die Europäische Union vorgelegt. Mit diesem Text liefert Wehr einen wichtigen Beitrag in der Diskussion über die Organisationsfrage der Linken in Europa. Das erscheint auf den ersten Blick paradox, da Wehr dieses Thema überhaupt nicht explizit behandelt. Sein vorgelegter Text gibt einen kurzen Abriss der Entstehung der EU und skizziert den realen Integrationsprozess innerhalb der EU. Die Frage, ob dieser Integrationsprozess in Analogie zur Herausbildung der klassischen europäischen Nationalstaaten im 18. und 19. Jahrhundert zu verstehen ist, ist letzten Endes auch die entscheidende Frage in der Organisationsdebatte der Linken in Europa.

Die deutschen Kommunisten schlagen sich mit der Organisationsfrage in Bezug auf EU-Europa schon geraume Zeit herum. Die Frage der Mitglied-

schaft in der Europäischen Linkspartei (EL) hängt zentral mit der Beurteilung der Perspektive der EU und der Stellung zum deutschen Imperialismus zusammen. Der Text von Wehr liefert einen wichtigen Beitrag zur Fundierung der Debatte.

Das Buch ist chronologisch in fünf Kapitel gegliedert:

1. Europa – Was ist das?
2. 1950–1985: Aufstieg und Stagnation
3. 1985–2005: Zeit der schnellen Integration
4. 2005–2012: Rückschläge und Krisen
5. Die Europäische Union: Entdemokratisierung und Sozialabbau

Im Einleitungskapitel hält Wehr zunächst fest, dass EU-Europa nicht mit Europa zusammenfällt: „Diesen Erdteil teilen sich 50 Staaten, aber nur 27 von ih-

nen, und damit gut die Hälfte, gehören zur EU. Außerhalb befinden sich solch große Länder wie Russland, die Türkei und die Ukraine. Die EU bedeckt eine Fläche von 4,32 Millionen Quadratkilometern, der gesamte Kontinent Europa ist hingegen mit 10,5 Millionen Quadratkilometern mehr als doppelt so groß. Die Einwohnerzahl der EU beträgt 502 Millionen Menschen, die des gesamten Kontinents 740 Millionen.“ (S. 6)

In diesem Kapitel skizziert Wehr auch die politisch-ideologischen Europakonzeptionen des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Diesen Konzeptionen ist gemeinsam, dass sie wesentlich in Deutschland entstehen und auf unterschiedliche Weise den Aufstieg und die Probleme des deutschen Imperialismus reflektieren. Die „modernste“ dieser Konzeptionen, die Paneuropa-Konzeption des Grafen Coudenhove-Kalergi von 1923, ist in vieler Hinsicht die ideologische Konzeption, die den Formierungsprozess der EU bestimmt hat. Hier taucht zum



ersten Mal der Gedanke einer (Vor-) Herrschaftskonzeption auf der Basis einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich auf, historisch gegen die Sowjetunion und abgrenzend gegen England gerichtet.

Im zweiten bis vierten Kapitel zeichnet Wehr den Weg der europäischen Integration von den Anfängen in den 1950er Jahren des 20. Jahrhunderts bis zum Ausbruch der Eurokrise 2007 nach. Diese Kapitel sind knapp, aber außerordentlich faktenreich. Wehr gibt die zentralen zwischenstaatlichen Vertragsabschlüsse und deren Kernbestimmungen wieder. Er stellt die Dialektik des Entwicklungsprozesses dar, der einerseits durch die „rein“ wirtschaftspolitischen Interessen der Konzerne Kerneuropas, und andererseits durch Aspekte der staatlichen Herrschaftssicherung nach innen und außen, also Fragen der Sicherheits- und Außenpolitik, bestimmt ist.

Er entwickelt, wie sich dieser Prozess auf der EU-internen politischen Ebene als Verhältnis von Kooperation und Kampf um die Vorherrschaft zwischen den beteiligten großen Staaten darstellt, zunächst hauptsächlich zwischen Deutschland und Frankreich, wobei mit dem Beitritt zur EU 1973 Großbritannien hinzukommt. Die politische Positionierung der EU nach außen ist wesentlich durch zwei Aspekte bestimmt: Durch eine durchgängig antisozialistische Ausrichtung bis zum Ende der Sowjetunion und durch die imperialistische Konkurrenz zu den USA. Im Schlusskapitel hält Wehr Wesentliches zum Charakter und zur Perspektive der EU fest. In Anlehnung an Wolf-Dieter Gudopp charakterisiert er die EU als Ausdruck „imperialistischer Vergesellschaftung“ und zitiert ihn dann zustimmend, die EU sei das Ergebnis „deformierte(r) Vergesell-

schaftung und deformierte(r) Globalisierung – darin zeigt und bestimmt sich ihr historischer Charakter, ihre gebrochene ‚Modernität‘ und ihre historische Unangemessenheit.“ (S. 120)

Schon die Niederlage des europäischen Sozialismus und der ihr folgenden Osterweiterung der EU veränderten das europäische Machtgefüge. Die Dominanz Deutschlands festigte sich dann in der Krise; die Stärke Deutschlands im Vergleich zu Frankreich und England erweist sich als unumstößliche Tatsache. „Noch gravierender sind die von der Krise ausgelösten Machtverschiebungen zwischen europäischem Kern und Peripherie. In diesem Verhältnis verliert die EU mehr und mehr den Charakter einer auch auf Zusammenarbeit und Aushandlung angelegten Institution, und es bildet sich eine Hegemonialordnung mit Deutschland an der Spitze heraus.“ (S. 119)

Wehr fasst zusammen: „Die EU ist Ausdruck der objektiven Vergesellschaftung der Ökonomie im Sinne einer immer größere Räume umfassenden Produktion und Konsumtion.“ (116), um dann die Grenzen dieser Tendenz festzuhalten: „Überall hier stößt die Vergesellschaftung an Grenzen, weil die Mitgliedsländer in ihrem Wettstreit untereinander nicht auf diese Kernbereiche ihrer Staatlichkeit verzichten können.“ (S. 117)

Auf Grundlage dieser Analyse verneint Wehr die Frage, ob die EU auf dem Weg zu einer imperialistischen Supermacht sei. Ein wesentliches Argument hierbei ist, dass sich eben keine transnationale kapitalistische Klasse in der EU herausgebildet hat. Wehr folgt hier Beate Landefeld: „Die teilweise Durchdringung von nationaler Bourgeoisie und Auslandskapital bewirkt jedoch keine Auflösung oder gar Vermischung

der Bourgeoisien. Es bleiben wichtige Unterschiede. So handelt es sich beim Auslandskapital in aller Regel um Töchter von Muttergesellschaften, die vom Hauptsitz in einem anderen Land aus kontrolliert werden. Die Verwendung der Gewinne, das Ausmaß von Investitionen, Fortbestand oder Schließung wird von einer ausländischen Zentrale aus entschieden, nach Maßgabe von Interessenslagen der Konzernmütter, die sich den Einflüssen am Standort entziehen.“ (S. 118)

Wehr ist ein Gegner jeder linken EU-Verklärung. Eine „demokratische und soziale EU“ sei eine schöne Idee, „doch die Verhältnisse, die sind nicht so“, zitiert er Brecht. Die Parole einer „demokratischen und sozialen EU“ verbreite nur Illusionen über die Reformierbarkeit der EU (S. 126). Ausgehend von seiner eben skizzierten Analyse, insistiert er auf dem Nationalstaat als primäres Feld des Klassenkampfes, hier des Kampfes gegen Demokratie- und Sozialabbau. Er rekapituliert Marx und Gramsci in dieser Frage. „Das bedeutet: Die Arbeiterklasse – die ‚Klasse internationalen Charakters‘ muss sich zunächst ‚nationalisieren‘, um andere Klassen im Land zum Sozialismus führen zu können. Und bevor sich schließlich ‚die Bedingungen für eine Ökonomie nach weltweitem Plan herausbilden‘ können, wird es ‚regionale Kombinationen (von Gruppen von Nationen)‘ fortschrittlicher Länder geben.“ (S. 124)

Andreas Wehr: Die Europäische Union; Papyrossa Verlag, Köln 2012, Pocketformat, 134 Seiten; ISBN 978-3-89438-498-2; 9,90 Euro



Die Beiträge zum Symposium für Hans Heinz Holz, das vor einem Jahr in Berlin stattfand,
liegen jetzt in Buchform vor mit dem Titel:

DIE WELT BEGREIFEN – ORGANISIERT HANDELN

SYMPOSIUM „DIE EINHEIT VON POLITIK UND PHILOSOPHIE IM KAMPF FÜR DEN KOMMUNISMUS“ ANLÄSSLICH DES 85. GEBURTSTAGS VON HANS HEINZ HOLZ

Inhalt:

| | |
|-------------------------|--|
| Patrik Köbele | Ein Unentbehrlicher fehlt uns |
| Hans-Peter Brenner | Der politische Leninismus im Werke von Hans Heinz Holz |
| Wolfram Triller | Im Kampf für eine starke Kommunistische Partei |
| Alfred J. Noll | Sinnliche Fähigkeiten behalten, die Welt wahrzunehmen |
| Friedrich-Martin Balzer | Vielheit der Aspekte und Einheit der Wahrheit – Über die Publizistik von Hans Heinz Holz (2007–2011) |
| Domenico Losurdo | Die Einheit von Philosophie und Politik – In Erinnerung an H. H. Holz |
| Arnold Schölzel | Einheit und Widerspruch – Über Dialektik und Politik bei H. H. Holz |
| Aydin Cubukcu | Politische Aktion, praktische Philosophie |
| Isabel Monal | Holz und das revolutionäre Kuba |
| Klaus Steiniger | Der Freund und Genosse |

145 Seiten, Ladenpreis 8 Euro (7,99).

Für Mitglieder, Gruppen und Vorstände der DKP zum Weiterverkauf 5 Euro.

Hans Heinz Holz wollte keine Trauerkundgebung, sondern eine Debatte um sein vorrangiges praktisches politisches Anliegen, die Konsolidierung einer revolutionären Partei. Dazu hat das Symposium einen Beitrag geleistet und das vorliegende Buch verdient deshalb eine weite Verbreitung in der DKP.

Den Vertrieb hat der Genosse Hans-Günter Szalkiewicz übernommen.

Bestellungen bitten wir an ihn zu richten:

H.-G. Szalkiewicz,
Groscurthstraße 8,
13125 Berlin,
E-Mail: szalkie@gmx.de
Tel. 151 445 38 256
oder auch über den Landesvorstand der DKP Berlin.

INHALT

| | |
|--|----|
| <i>Johannes Magel</i> Editorial | 1 |
| <i>Sepp Aigner</i> Die DKP vor dem Parteitag | 2 |
| <i>Pablo Graubner</i> Zum Verhältnis von Partei und Jugendverband | 4 |
| <i>Daniel Bratanovic</i> Breite Massenorganisation oder Parteijugend? | 6 |
| <i>Sepp Aigner</i> Nutzt die Mitgliedschaft in der EL der Partei? | 8 |
| <i>Renate Münden</i> Handeln! | 10 |
| <i>Jens Kany</i> In was für einer Krise leben und kämpfen wir? | 12 |
| <i>Anmerkung der Redaktion</i> Große Krise oder allgemeine Krise des Kapitalismus? | 13 |
| <i>Udo Paulus</i> Phrasen und Tatsachen | 14 |
| <i>Renate Münden</i> Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte . | 16 |
| <i>Erich Buchholz</i> Meinungsfreiheit in DDR und BRD | 18 |
| Interview | |
| <i>Interview mit Klaus Steiniger</i> Gab es in der DDR Meinungs- und Pressefreiheit? ... | 19 |
| Literaturtipp | |
| <i>Johannes Magel</i> Andreas Wehr: EU-Europa | 21 |
| <i>Neu erschienen:</i> Beiträge zum Symposium für Hans Heinz Holz | 23 |

IMPRESSUM

www.theoriepraxis.wordpress.com

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus
in Wissenschaft und Politik,
V. i. S. d. P.: Renate Münden, 81669 München

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Renate Münden,
St.-Cajetan-Straße 20, 81669 München
E-Mail: TundP-Box@web.de

Druck: Eigendruck

Auflage: 1400

Einzelverkaufspreis: Euro 1,50

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz,
Spendenkonto Theorie und Praxis,
Konto-Nr. 419 702,
Sparkasse Gießen,
BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,
SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, kann eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per E-Mail an TundP-Box@web.de zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten.

Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter www.theoriepraxis.wordpress.com verwiesen.

Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar. Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.